

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Staniß in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1, — ohne Postgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40. Anzeigen die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 16 A. — Postkataloß Nr. 2788.

Redaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Neue Brennerstraße 19, zweite Etage.

Inhalt: Arbeiter gegen Arbeiter. Eine bedeutende Rundgebung. — Wirtschaftlich-lokale Rundschau. Wichtige Angelegenheiten, betreffend die Verkürzung der Arbeitszeit in der Praxis. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Agitationsbericht. Der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister. Die deutschen Gewerkschaften 1893. Die behördliche Bekämpfung der Gewerkschaften in Sachsen. — Situationsberichte. — Eingekandt. — Literarisches. — Briefkasten.

## Bekanntmachung.

Ausgangs Oktober werden in nachstehenden Orten von dazu bestimmten Agitatoren Versammlungen abgehalten werden:

Glückstadt, Iphoe, Kellinghusen, Wilster, Marne, Melbör, Seide, Husum, Zondern, Haberleben, Hensburg, Schleswig, Rendsburg, Neumünster, Kiel, Holtenau, Ederndörbe, Preetz, Eutin, Ahrensbödd.

Wojzenburg, Grabow i. M., Neustadt i. M., Parsch, Mühl, Nostentinerhütte, Waren, Malchin, Kietrow, Gr. Wokern, Neubrandenburg, Friedland i. M., Stettin, Stralsund, Barth, Rostock, Warnemünde.

Wittenberge, Osterburg, Rathenow, Brandenburg a. S., Nowawes, Berlin, Kreuzenbrücken, Lützenwalde, Berlin, Edenick, Charlottenburg, Mühlentee, Nigdorf, Gr. Nichtenfelde, Steglitz, Tempelhof, Weihensee, Panlow, Angermünde, Schwedt a. D., Cüstrin, Cottbus.

Barby, Calbe a. S., Staßfurt, Gr. Ottersleben, Döbenstedt, Helmstedt, Halberstadt, Quedlinburg, Osterode a. S., Elrich, Nordhausen, Erfurt.

Weißen, Döbeln, Nieße, Burzen, Meuselwitz, Altenburg, Schmöln, Ronneburg, Crimmitschau, Reichenbach i. W., Jwitzau, Glauchau, Mittweida.

Bunzlau, Hahnau, Liegnitz, Langenbissau, Oppeln, Breslau, Glogau.

Winden i. W., Herzord, Lemgo, Bielefeld, Döbenburg, Seber, Wilhelmshaven, Bremerhaven, Vegesack, Delmenhorst, Verden, Walsrode, Wernburg a. W.

Kachen, Bochum, Olsn a. Rh., Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Hagen i. W., Sterlohn, Münster i. W., Reddinghausen, Soest, Solingen, Unna.

Die Kollegen in diesen Orten, insbesondere die Vertrauensmänner, werden ersucht, sobald der Referent sein Erscheinen angemeldet, für die Einberufung einer Versammlung und recht regen Besuch derselben Sorge zu tragen. Wenn nicht ganz besondere Umstände die Abhaltung einer Versammlung unmöglich machen, wovon dann dem Referenten vorher rechtzeitig Nachricht zu geben ist, so sind solche immer einzuberufen.

Mit kollegialischem Gruß

Joh. Staniß,

Generalbevollmächtigter der Maurer Deutschlands.

## Arbeiter gegen Arbeiter.

In letzter Zeit haben wir schon öfter Notiz genommen von den Bemühungen gewisser „ordnungs-parteilicher“ Kreise, die noch indifferenten, bezw. noch nicht zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gelangten Arbeiter zu organisieren zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie. In erster Linie ist es die katholische Geistlichkeit, die ihren Einfluß zu diesem Zwecke geltend zu machen versucht, und zwar im Bunde mit Unternehmern, die, wie die Männer der Kirche, ein Interesse daran haben, Arbeiter zu gefügigen Werkzeugen ihrer auf die „Berührung“ der selbstständigen Arbeiterbewegung gerichteten Pläne zu begraben. Es ist ja für diese Ordnungspolitiker nicht schwierig, abhängig und unwissende Arbeiter zu Organisationen zusammenzupressen, die der Leitung der Geistlichen

und der „Arbeitgeber“ unterstehen. Etwa fünf- und zwanzig Jahre hindurch haben die Herren — sowohl der katholischen wie der protestantischen Richtung — sich's angelegen sein lassen, die ihrem Einflusse erreichbaren Arbeiter durch absehbare Vereinspielerereien vor dem „Gifte“ der Sozialdemokratie zu bewahren. Sie errichteten Vereine, in denen den Arbeitern das Hirn verflüssigt werden sollte durch sogenannte „belehrende Vorträge“ über die „soziale Frage“ etc., wobei natürlich die religiöse Phrase die Hauptsache war. Aber sie konnten damit nicht verhindern, daß immer größere Massen der Arbeiter von der Sozialdemokratie „infiltriert“ wurden und sich zugleich energisch an der gewerkschaftlichen Bewegung beteiligten, um bessere Arbeits- und Existenzbedingungen zu erkämpfen.

Haben die ultramontanen, konservativen und national-liberalen „Arbeiterfreunde“ früher darauf Bedacht genommen, die Arbeiter auch von der Teilnahme an der gewerkschaftlichen Bewegung zurückzuhalten, so sind sie nunmehr auf das Projekt verfallen, eine sogenannte „christliche“ Gewerkschaftsorganisation zu schaffen, die den selbstständigen sozialdemokratischen Arbeiter-Koalitionen entgegenwirken soll.

Aus diesem Bestreben ist der „christliche Gewerksverein der Bergleute“ erwachsen. Katholische Pfaffen haben sich das Verdienst erworben, ihn zu gründen und evangelische Kollegen in Christo haben der Gründung ihren Segen gesendet.

Jeder Bergmann, der Mitglied dieses Vereins werden will, muß einen Revers unterzeichnen, in welchem er bekennt, daß er kein Sozialdemokrat ist. Eine „weisse“ Vorsicht, die aber keine Gewähr dafür bietet, daß der Bergmann nicht früher oder später Sozialdemokrat wird!

Die Ultramontanen haben bei dieser Gründung sogar ihrem konfessionellen Streik mit dem Protestantismus förmlich Abgabe getan. Die ultramontanen „Wirtschaftliche Volkszeitung“ preist den neuen Verein als ein Werk „christlicher Nächstenliebe“!!! Man lese:

„Es ist den Tagen der sogenannten Reformation befehlt die konfessionelle Trennung; aber dies ist kein Grund, darunter den gesellschaftlichen Verkehr zu lassen, und am allerwenigsten ist diese Trennung ein stichthaltiger Grund, die Arbeiter, welche für die Verbesserung ihrer Lage nach den ihnen gemeinsamen christlichen Grundfragen gemeinsam tätig sein wollen, von einem solchen Beginnen abzuhalten. Es gilt, das Verbindende, nicht aber das Trennende in religiöser Hinsicht zu betonen und darauf immer und immer wieder hinzuwirken, daß, wenn auch eine Spaltung selber vorhanden ist, wir doch auch, wie einst der große und warmherzige Arbeiterfreund Bischof Ketteler von Mainz betonte, in Besitze eines Mittels sind, den ersärenden Miß zu überbrücken. Dieses Mittel ist die den Mitgliedern der beiden christlichen Konfessionen gemeinsame christliche Nächstenliebe. Die christliche Nächstenliebe verwirft den konfessionellen Haß; sie lehrt die gegenseitige Achtung und die gegenseitige Liebe; sie verlangt, daß der Mensch überall da, wo es notwendig ist, hilfsreiche Hand biete. Nun aber erschließen die Zwietrachtstheorien, daß an der Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiter gearbeitet werde, daß diese selbst sich zusammenschließen, um ihre berechtigten Interessen mit Umsicht, Klugheit und Energie zu vertreten. Für die Pflege der religiösen Stimmung existieren sehr viele ausgeproben konfessionelle Vereine, und wenn ihre jetzige Zahl nicht genügt, so darf und soll man dort, wo ein Bedürfnis vorhanden ist, neue Vereine der genannten Art ins Leben rufen; da es aber unter den heutigen Verhältnissen unmöglich ist, vermittelst solcher Vereine allein eine ausreichende Wahrung und Förderung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Interessen der Arbeiter zu bewerkstelligen, so muß die Notwendigkeit der Föderation der Arbeiterbewegung der verschiedenen Arbeiterkategorien anerkannt werden. Eine Gefahr für das Unternehmensziel, für die Arbeitgeber wird und kann aus einer solchen christlichen Grundfrage beruhenden Föderation der Arbeiter absolut nicht erwachsen, im Gegenteil, eine

derartige Organisation kann und wird nur dazu beitragen, die jetzt oft recht trüb zu Tage tretenden Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auszugleichen und zu beseitigen. Von Seiten der organisierten christlichen Arbeiter werden keine unbilligen Forderungen an die Arbeitgeber gestellt werden, und wenn die Arbeitgeber erkennen, daß sie es mit loyalen Arbeitern zu thun haben, werden sie Unterhandlungen hinsichtlich der Arbeits- und Lohnfragen nicht von der Hand weisen, sondern bestrebt sein, ein friedliches und für Arbeiter wie Arbeitgeber gleich vorteilhaftes Verhältnis dauernd zu erhalten. Die Gesellschaft aber wird in dem organisierten, treu an den christlichen Grundfragen festhaltenden Arbeiterstande eine starke Stütze besitzen, die sie vor dem Ansturm der auf den Umsturz der bestehenden Ordnung bedachten Elemente wirksam zu schützen vermag. Es liegt sonach im ureigenen Interesse der Gesellschaft, das Bestreben der christlichen Arbeiter, zu Fachverbänden sich zu vereinigen, nach besten Kräften zu unterstützen.“

Die tendenziöse Heuchelei ist sehr durchsichtig. Aber eine Wahrheit ist offen und frei darin ausgesprochen, nämlich die, daß man glaubt, die organisierten „christlichen“ Arbeiter würden sich mit den Unternehmern recht hübsch vertragen. Sie werden keine „unbilligen Forderungen an die Arbeitgeber stellen.“

Man weiß ja nun aus der Erfahrung zur Genüge, was die Unternehmer, zumal die Bergwerksbesitzer und ihre pfäffische Schutztruppe, unter „unbilligen“ Forderungen verstehen: einfach jede Forderung, welche den Ausbeuter-Profit der Kapitalisten schmälert. Da soll u. A. „gerechter Lohn“ gefordert werden: Was ist unter einem solchen Lohne zu verstehen? Darüber sind bekanntlich die Unternehmer und ihre Klassen-genossen ganz anderer Ansicht als der wirtschaftlich aufgeklärte Arbeiter. Nach der Lehre der kapitalistischen Schule hat der Arbeiter die „Pflicht“, mit dem möglichst geringsten Lohne vorlieb zu nehmen; ja, er soll es überhaupt nicht wagen dürfen, vom Unternehmer zu fordern.

Hübsch demüthig und bescheiden soll er nehmen, was ihm die kapitalistische Willkür von seinem Arbeits-ertrage im Gestalt des „Lohnes“ übrig läßt. Und alle die „Frommen“, die Geistlichen und sonstigen Gesellschaftskritiker, sie predigen dem Arbeiter die „Tugend der Entfagung“ und nennen es „sündhafte Begehrlichkeit“, wenn er einen größeren Teil vom Ertrage seiner Arbeit verlangt, um ein besseres, menschenwürdigeres Dasein führen zu können.

Es ist der reine Hohn, wenn diese Elemente von einem „gerechten Lohn“ für die Arbeiter sprechen wie überhaupt vorgeben, den „berechtigten Interessen“ der Arbeiter Rechnung tragen zu wollen.

Geschleht das doch lediglich in der Absicht, um unaufgeklärte, im Bann des Vorurtheils und der Unwissenheit gehaltene Arbeiter zu bevormunden, daß sie dem Kampf ihrer eigenen Klasse um die ökonomische Befreiung hinderlich sind.

Ein Arbeiter freilich, der noch einigermaßen fähig ist, selbst zu denken, wird wohl leicht dieses elende Spiel durchschauen und sich mit Entrüstung abwenden vor den „Ordnungspolitikern“, die ihm zumuthen, unter Berufung auf sogenannte „christliche Gesinnung“ Verrath zu üben an seiner eigenen Klasse.

Aber es giebt ja leider noch genug Arbeiter, die sich zu solchem Verrath mißbrauchen lassen.

Eine Gefahr für die selbstständige Arbeiterbewegung sehen wir darin allerdings nicht. Sie schreitet fort, diese Bewegung im Bunde mit der Thatfachen. Es kann garnicht ausbleiben, daß die- jenigen Arbeiter, welche man den „christlichen“ Organisationen zuführt, enttäuscht werden. Nachdem sie vergeblich gehofft und geharrt auf die ihnen feierlich verheißene „Verbesserung ihrer Lage“, werden sie zu

der Einsicht kommen, daß berechnender Trug sie auf falsche Wege geleitet hat. Und sie werden dann um so sicherer der Sozialdemokratie zufallen!

Die Protektoren und Gründer der sogenannten „Christlichen“ Arbeiterorganisationen sollten sich doch ja nicht der Hoffnung hingeben, daß sie durch Hervorkehrung des religiösen Standpunktes im Stande sind, ihrem Unternehmern dauernden Erfolg zu sichern. An und für sich schon ist es lächerlich, wirtschaftliche Bestrebungen auf ein religiöses Bekenntnis stützen zu wollen.

Wenn's doch ein Bekenntnis hätte, wenn das „Christentum“ der Theologen und der herrschenden Klassen wirklich die Kraft besäße, die seine Vertreter ihm im Kampfe gegen die Sozialdemokratie heimesse, wie wär's dann möglich, daß diese verlästerte „Umstürzpartei“, trotzdem von ihrem Entlassen an bis jetzt die kräftigsten Elemente im Bunde mit den öffentlichen Gewalten sich ihr so energisch entgegen gestellt haben, sich hat in so großartigem Maße entwickeln können, daß sie heute die stärkste Partei Deutschlands darstellt?

Wer weiß wie oft schon hat das offizielle Christentum im Kampfe mit der Sozialdemokratie schmählich Fiasko gemacht. Und es wird ihm nicht besser gehen mit seinen neuesten Gründungen, den „Christlichen Gewerkschaftsorganisationen“. Die Zeit wird bald unabwehrbar dahin sein, wo es möglich war, daß Arbeiter sich von den geschworenen Gegnern ihrer Interessen ins Feld stellen ließen gegen Arbeiter. Auch denen, die jetzt noch unerschrocken und unerschütterlich genug sind, sich so mißbrauchen zu lassen, wird die Erkenntnis kommen, daß von einer „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit“ nicht die Rede sein kann, daß, wenn die Arbeiter ihren berechtigten Interessen genügen wollen, sie geeint den Kampf führen müssen gegen den Kapitalismus. Und dann wird das offizielle Christentum am Ende seiner „Arbeiterfreundschaft“ sein!

Eine bedeutende Kundgebung

für Arbeiterschut, insbesondere für die Verkürzung der Arbeitszeit bezw. den Achtstundentag, hat auf dem kürzlich in Budapest stattgehabten internationalen Kongreß für Hygiene und Demographie stattgefunden. Derselbe ist um so wichtiger, als sie sich völlig mit dem von den herrschenden Parteien so heftig bekämpften Arbeiterschut-Programm der Sozialdemokratie deckt. Es ist zunächst zu erwähnen ein Referat des Dr. Julius Donath-West über die physische Degeneration der Bevölkerung in den modernen Kulturstaaten. Der Referent gelangte zu folgenden Ergebnissen:

1. Der physische Niedergang der Bevölkerung in den modernen Kulturstaaten, insbesondere wo industrieller oder landwirtschaftlicher Großbetrieb vorherrscht, ist eine nicht mehr zu verkennende Thatsache. 2. Das wichtigste Beweismittel dafür sind die Rekrutierungsergebnisse in Ländern mit allgemeiner Wehrpflicht. Bei Beurteilung des Prozentsatzes der Tauglichen sind, besonders bei den großen Militärstaaten, zwei Faktoren zu berücksichtigen, welche denselben erhöhen ohne die entsprechende wirkliche Verbesserung des physischen Zustandes. Diese sind a) die wegen des physischen Niederganges von Zeit zu Zeit erzielenden Herabsetzungen der Anforderungen an die Militärtauglichkeit; b) die durch die fortwährende Erhöhung des Heereskontingents bedingten Mhereinstellungen an Rekruten. 3. Die Ursachen des physischen Niederganges sind neueren Datums, und zwar die moderne kapitalistische Produktionsweise mit ihren Folgen: Zunehmende Verdrängung der menschlichen Arbeitskraft durch die Maschine, vermehrtes Angebot der Arbeitskraft, Herabdrückung der Löhne und infolgedessen immer mangelhaftere Befriedigung der notwendigsten Bedürfnisse der Arbeiter, d. h. des weitans überwiegenden Teiles der Bevölkerung. 4. Diesen schädlichen Folgen kann und muß der Staat mit allen Mitteln — nach Thunlichkeit auf Grund internationaler Vereinbarungen — entgegen treten, welche geeignet sind, das materielle und geistige Wohl der arbeitenden Bevölkerung zu heben. Unter diesen Arbeiterschutgesetzen steht an erster Stelle die Kürzung der Arbeitszeit, welche sich zunächst nach der Arbeitskategorie zu richten hätte, wobei als Maßstab der Grad der Gesundheitsgefährdung der betreffenden Branche, sowie die Puffer der wieder zu aktivierenden Arbeiterreferentem zu dienen hätten.

Sodann referierte Regierungs- und Medizinalrath Dr. S. Roth-Doppeln über den Einfluß der Arbeitszeit auf die Gesundheit der Arbeiter. Der Referent begründete folgende Thesen:

1. Die Arbeitsdauer muß um so kürzer sein, je körperlich oder geistig anstrengender die Arbeit und je gefährlicher die gewerbliche Beschäftigung ist. 2. Die Arbeitszeit muß um so kürzer sein, je weniger entwickelt und je weniger widerstandsfähig der Organismus des Arbeiters ist. 3. Frauen und jugendliche Arbeiter sind von allen körperlich anstrengenden Arbeiten, sowie aus Betrieben, wo ihre Gesundheit durch Einwirkung giftiger Substanzen oder staubentwikelnder Materialien bedroht wird, oder die eine besondere und anhaltende Aufmerksamkeit erfordern, auszuschließen. 4. Jugendlische Arbeiter bis zu 18 Jahren sind den gesetzlich geschützten Personen von 14 bis 16 Jahren zuzuzählen. 5. Auch wo die Fabrikarbeit eine direkt nachweisbare körperliche oder geistige Ueberbürdung nicht herbeiführt und mit erheblichen Betriebsgefahren nicht verbunden ist, darf die tägliche Arbeitszeit eine bestimmte Dauer nicht überschreiten. Soll ein durch schnittliches Maximum festgesetzt werden, so dürfte eine zehnstündige tägliche Arbeitsdauer im Allgemeinen den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend und eine längere Arbeitszeit weder im Interesse der Arbeiter noch der Arbeitgeber gelegen sein. Ausgenommen bleiben diejenigen Betriebe, die eine genaue Umgrenzung der Arbeitszeit nicht zulassen. 6. Das System der Ueberstunden-Arbeit bedarf dringend notwendig der Einschränkung. 7. Für jugendliche Arbeiter ist außer der Mittagspause eine regelmäßige Unterbrechung der Fabrikarbeit durch vorgeschriebene und kontrollierte Vor- und Nachmittagspausen erforderlich. Es ist darauf hinzuwirken, daß die für jugendliche Arbeiter vorgeschriebenen Pausen überall da, wo die Arbeit in gleichbleibender Stellung verrichtet wird, möglichst durch Turn- und Bewegungsspiele, wozu bei schlechter Witterung geeignete Räume zur Verfügung sein müssen, ausgefüllt werden. Eine Verschiebung oder Eliminierung der Vor- und Nachmittagspausen dadurch, daß die Mittagspause entsprechend verlängert wird, liegt nicht im Interesse dieser Arbeitsklassen. Für die erwachsenen Arbeiter sind außer einer mindestens einstuündigen Mittagspause Arbeitsunterbrechungen dann vorzuziehen, wenn die ununterbrochene Arbeitsdauer vier Stunden und die Gesamtdauer der Arbeitszeit acht Stunden überschreitet. Ausnahmen können für leichtere Betriebe im Einverständnis mit der Arbeiterschaft zugelassen werden. 8. Die Ausdehnung gesetzlicher Schutzmaßnahmen auf Hausindustrie und Handwerk ist eine der dringendsten Forderungen der Gewerbehhygiene.

Weiter sprach Professor Dr. F. Singer-Wien aus nationalökonomischen Gesichtspunkten für den allmählichen Uebergang zum Achtstundentag. Seine Ausführungen zeugen von tiefer wissenschaftlicher Gründlichkeit und Objektivität. Er ging aus von der Darlegung, daß die übermäßige Arbeitszeit, weit entfernt, eine geschichtliche Rechtfertigung zu haben, erst ein Kind des letzten Jahrhunderts ist. Zum Schluß formulirte Professor Singer folgende Resolution:

Die XIX. Sektion des VIII. internationalen Kongresses für Hygiene und Demographie spricht sich, mit Hinblick auf die allgemein zu Tage getretenen gegensätzlichen Folgen der allmählichen Verkürzung der Arbeitszeit und die hygienische Schädlichkeit der Nacharbeit, im Prinzip für den Achtstundentag und die Abschaffung der Nacharbeit aus und fordert die gesetzgebenden Faktoren aller Staaten moderner Zivilisation auf, die schrittweise Einführung des Achtstundentages für die gewerblichen Arbeiter anzubahnen und die Nacharbeit in allen Betrieben zu verbieten, mit Ausnahme derjenigen, für welche sie aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen unentbehrlich ist.

Diese Resolution wurde von den zahlreichen Abgeordneten unter denen auch industrielle Unternehmer sich befanden, mit rauschendem Beifall aufgenommen und einstimmig akzeptirt, nachdem zwei große Fabrikanten (Germaad-Aussig und Mattis-Wien) sich ebenfalls für den Achtstundentag erklärt hatten.

In einer anderen Sektion referierte Dr. Julius Feliz-Brüffel über den Einfluß der Länge der Arbeitszeit auf das physische, intellektuelle und moralische Befinden der Arbeiter. Er führte Folgendes aus:

1. Die Begrenzung der Arbeitszeit ist für alle Arbeiter notwendig und muß proportionell sein der Intenstität der Dauer und der Gesundheitsgefährdung der Arbeit. 2. Für die Großindustrie und speziell für die Bergbauarbeit muß die berufliche Arbeitsdauer acht Stunden durchschnittlich betragen und darf nie zehn Stunden überschreiten, wenn der Arbeiter keine physische, geistige und moralische Kraft nicht verlieren soll, auf welche jedes menschliche Wesen einen begränzten Anspruch hat. 3. Der zivilisierte

Mensch hat unter allen sozialen Verhältnissen nicht nur das Recht auf durchschnittlich acht Stunden Schlaf zur Nachtzeit — da der Schlaf am Tage durchaus nicht die Kräfte erneuert — sondern er hat auch das Recht auf eine ausreichende Ruhe, um seine Nacharbeiten einzunehmen, für seine persönliche Gesundheit und Reinlichkeit zu sorgen, seine geistige Ausbildung zu pflegen und seine Gemüthsempfindungen durch die Ausübung seiner Pflichten gegen die Familie, die Gesellschaft und das Vaterland zu erhöhen. Diese Bedingungen erscheinen uns unerlässlich für das Glück der Menschheit und sind die sichersten Bürgschaften für das Gedeihen der Völker, den sozialen Frieden und die allgemeine Brüderlichkeit.

Nicht eine einzige Stimme hat sich auf dem Kongreß gegen die Verkürzung der Arbeitszeit bzw. die Forderung des Achtstundentages erhoben. Die betreffenden Verhandlungen zeigen, wie die sozialpolitisch unbefangene Intelligenz genötigt ist, die Sache des arbeitenden Volkes zu der ihren zu machen.

Andererseits läßt eine Mittheilung, die der Sektionsvorsitzende Dr. Anton Loew-Wien machte, erkennen, zu welcher ungeheuerlichen Konsequenzen die Abhängigkeit der Wissenschaft vom Kapitalismus führt. Dr. Loew erklärte, daß es seine Absicht gewesen sei, für das Thema des Achtstundentages zwei Referenten zu bestellen, einen Volkswirth und einen Fabrikarzt. Es sei ihm aber trotz lebhafter Vermahnungen in Oesterreich und Deutschland nicht gelungen, einen Fabrikarzt für dieses Referat zu gewinnen, weil — wie ihm ein Großindustrieller aus Deutschland schrieb — ein Arzt gegen den Achtstundentag aus wissenschaftlichen Gründen nicht sprechen könne, für den Achtstundentag aber aus Furcht vor seinen Brotegebern nicht sprechen wolle.

Das ist charakteristisch. Aus berufenstem Munde wird hier die ja allerdings längst bekannte Thatsache zugegeben, daß Vertreter der Wissenschaft in Rücksicht auf ihre Existenz gezwungen sind, sich vor dem Geldsack förmlich zu prostituiren, ihre wissenschaftliche Ueberzeugung dem Unternehmer-Interesse zum Opfer zu bringen!

Alles in Allem kommen die hier mitgetheilten Verhandlungen und Beschlüsse des Kongresses in hohem Maße der Propaganda unserer Partei für den Achtstundentag zu Gute. Die Sozialdemokratie darf stolz sein auf diese Rechtfertigung der wesentlichsten Punkte ihrer Arbeiterschut-Bestrebungen durch eine wissenschaftliche Körperschaft. Und wir dürfen uns der Ueberzeugung hingeben, daß die Herrschenden Interessenrichtungen bald genötigt sein werden, ihren Widerstand gegen den Achtstundentag aufzugeben.

Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

\* Eine neue Berufs- und Gewerbebegünstigung ist im Reichsanzeiger\* angelündigt worden. Wie mitgeteilt wird, ist dem Bundesrath von dem Stellvertreter des Reichsanzeigers eine Vorlage mit dem Antrag zugegangen, in dieser Angelegenheit einen Beschluß zu fassen, indem zugleich als Zeitpunkt für eine neue Berufs- und Gewerbebegünstigung der 6. Juni 1895 in Vorschlag gebracht wird. Zur Begründung dieses Antrages wird auf die vielfachen erheblichen Veränderungen der Berufsverhältnisse seit der letzten Gewerbebegünstigung von 1882 hingewiesen.

Aus Nachweisungen der Berufsgenossenschaften, aus der Dampfkesselstatistik usw. wird gefolgert, daß in dem Jahr 1893 bis 1891 die Zahl der hauptsächlich industriellen Arbeiterschloß im ganzen Reich um 1,4 Millionen oder um etwa 40 pSt., die Zahl der in der Eisenindustrie und in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter je um mehr als 100 000 und die Bergarbeiter um nahezu 80 000 gewachsen sei. Von einer neuen gewerbe- und berufstatistischen Aufnahme seien daher zum Theil vollständig neue Aufschlüsse über die Beschäftigung des Erwerbslebens im Reich zu erwarten. Ferner würde es z. B. bei den gegenwärtig schwebenden Erörterungen über die Mittel, durch welche die Landwirtschaft zu heben sei, von Bedeutung sein, wenn man bis auf die neueste Zeit reichende Ermittlungen über das Zahlenverhältnis zwischen landwirtschaftlicher und industrieller Bevölkerung und über den Umfang und die Beschäftigung hätte, mit der die letztere auf Kosten der ersteren zunimmt. Auch für den weiteren Ausbau der auf dem Gebiete der San dwerkerpolitik liegenden Gesetzgebung wäre es von Werth, durch eine neue Zählung sich über die fortschreitende Entwidlung des Kleingewerbes zur Großindustrie und über das Vorhandensein handwerksmäßiger Betriebe Kenntnis zu verschaffen. Ferner lasse sich nur auf Grund einer neuen Berufsählung durch Feststellung der Zahl der versicherungspflichtigen Personen die Möglichkeit der Beschauptung prüfen, daß für einen erheblichen Theil der zur Invaliditäts- und Altersversicherung verpflichteten Personen keine Beiträge gezahlt werden. Einblisch mache sich bei der Ausführung der Gewerbeordnungs-novelle vom 1. Juni 1891 fortgesetzt das Fehlen einer neueren Berufs- und Gewerbestatistik fühlbar, wie denn auch für andere Verwaltungs- und gesetzgeberische Arbeiten neue zahlenmäßige Grundlagen nicht entbehrt werden können.

Die Lohnslawerei. Daß die „freie Konkurrenz“ des Kapitalismus die Wirkung hat, das arbeiten de Volk in's äußerste Elend zu führen, ist eine Thatsache, die zwar von der Kritikerin und Verteidigern des kapitalistischen Ausbeutungsberechens in der Regel geleugnet wird, aber damit doch nicht aus der Welt geschafft ist. Grellich kommt es mitunter vor, daß Unternehmerorgane in gewissen

Fällen, wenn sich's um Darlegung der Konkurrenzverhältnisse von Land zu Land handelt, diese Thatsache offen zugeben. So verdrängt die in London erscheinende, den Interessen der britischen Eisenindustrie gewidmete Zeitschrift „Ironmonger“ eine Anzahl Interviews mit bedeutenden britischen Eisenindustriellen, welche kürzlich die belgischen Eisenwerke besucht haben. Die Herren sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß eine Menge Eisen, welches noch vor Kurzem in England produziert worden wäre, jetzt von Belgien nach Java, Japan, Rußland, Egypten und anderen Ländern geliefert wird. Die Größe dieser Eisenindustrie ist verschieden. Erstlich sind in Belgien die Werke geringer, als in England. Dann wird in Belgien viel Frauenarbeit verwendet. Ein belgischer, gelernter Eisenarbeiter bekommt 5-6 à die Stunde und eine Frau hält sich für gut bezahlt, wenn sie 1 s 2 d den Tag bekommt. Auch das Leben ist in Belgien billiger. In einigen Industrien sind die belgischen Arbeiter nicht viel mehr als halbverhungerte Bohnenkassen, und das in einer so schlimmen Weise, wie es kaum anderswo in Europa der Fall ist. Dem brauchen wir wohl kein Wort der Kritik hinzuzufügen.

Sehr ist Wegzuzugelieben, herrlich ist sein Wohl! Reizt er nicht die Sinne, ein Vergnügen, der, obwohl in voller Unform, auf Krücken geht, sich mühsam dahin schleppet, erzieht am Abendempfang, Aufsehen und Bewundern. Wie er den um ihn sich sammelnden Passanten bezaubert, zögert er, ein geborener Reizler, zu den Dornen der schrecklichen Katastrophe in den Bergwerken des Grafen Larisch zu ziehen. Er besah sich unter den Wenigen, die noch lebend zu Tage gefördert wurden. Drei Tage hatte er unter Tausen von Leichen und Verwundeten, selbst schwer an beiden Seiten, dem rechten Arm und am Hinterkopfe verlehrt, ohne Speise und Trank gelegen, bis die Rettung ihm nahte. Er wurde in das Lazarett gebracht, aus welchem er erst vor wenigen Tagen „geheilt“, d. h. in dem jetzigen Zustande, entlassen wurde. Sehen wir er nun in Berlin eingetroffen, um bei seinen Verwandten Aufnahme zu suchen. Die einzige Unterstüßung gebührt dem Manne bis jetzt der Verband der Bergleute, der ihm aus seiner Kasse pro Tag 60 s zahlt; der edle Graf Larisch gab ihm den üblichen Zuspruch. Aber verpflichtet — zum Neimen, aber niemals zum Geben.

Russische Fabrikstrassen. Vor dem Moskauer Friedensgericht hat sich ein Prozeß abgespielt, der auf das innerweltliche Fabrikleben und das „paritätische“ Verhältnis der Fabrikanten zu den Arbeitern ein helles Schlaglicht wirft. In Bezug auf die Fabrik von Tschel in Moskau, in der 300 Arbeiter beschäftigt werden, gingen schon seit langem Gerüchte, daß dort die Arbeiter auf Beschäftigung mit Rutenhieben bestraft werden. Diese Gerüchte haben jetzt, Dank dem entschlossenen Vorgehen eines Arbeiters, der sich an den Fabrikinspektor des Moskauer Rayons um Schutz wandte, ihre volle Bestätigung erhalten. Die Gerichtsverhandlung stellte verschiedene Fälle fest, in denen Arbeiter meist in Gegenwart des Fabrikanten von ihren Kollegen mit Ruten geschlagen worden mußten. Was den klagenden Arbeiter selbst anbelangt, so hatte dieser 20 Rutenhiebe im Gefängnis erhalten, nachdem er von den ihm anfanglich subtilen 30 Rutenhieben 10 abgehandelt hatte. Der Verurteilte des Fabrikanten machte geltend, daß der klagende Arbeiter stark dem Schmutz halbig, und daß der Fabrikant ihn durch diese Strafe habe besser wollen. Das Vergehen des Fabrikanten sei ein „verhältnismäßiges Verhältniß der Humanität“ zu nennen. Der Richter ließ sich jedoch auf diese Deduktionen über den Begriff der Humanität nicht ein, sondern verurteilte den Fabrikanten zu einem vierwöchigen Arrest. Außerdem hat der Fabrikinspektor den Leiter der Werkstätten der Fabrik durch Richteramt verpflichtet, darauf zu achten, daß seitens der Meister keine Mißhandlung der Arbeiter stattfindet.

Wird nicht helfen. Gegen das „verhältnismäßige Verhältniß der Humanität“ der Fabrikanten giebt es nur ein Mittel, das der entchiedenen Nothwehr der Arbeiter.

**Wichtige Zugeständnisse, betreffend die Verkürzung der Arbeitszeit in der Praxis.**

Als vor einer Reihe von Jahren die organisierte Arbeiterkraft in England, Deutschland und anderen Ländern begann, die gesetzliche Regelung bezw. Verkürzung der Arbeitszeit Propaganda zu machen und schließlich internationale Arbeiterkongresse sich verständigten über die Forderung der Festschließung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages auf internationaler Grundlage, — da geriet die Unternehmenskraft außer sich vor „stiller Entrüstung“. Die kapitalistische Presse überbot sich fortgesetzt in den wüthendsten Angriffen auf diese Forderung. Sie behauptete, die Erfüllung derselben würde gleichbedeutend sein mit „Verlängerung der ganzen Produktion“. Ja, das Prestige der kapitalistischen Presse ließ sich zu der infamen Lüge: diese Forderung sei von der Sozialdemokratie aufgestellt worden, extra zu dem Zwecke, um die „Gehehrlichkeit und Faulheit der Arbeiter zu härten“, und um so sicherer die „bestehende Wirtschaftsordnung zu stützen“.

Im Laufe der Zeit ist nun von einflussreichen Unternehmern des Westens die Verkürzung der Arbeitszeit bezw. des Achtstundentages in der Praxis erprobt worden, — und immer mit gutem Erfolge. So beachtenswerthe diesbezügliche Mittheilungen machte unlängst in einer Versammlung des Berliner Arbeitervereins Herr Fabrikbesitzer Heinrich Freese. Derselbe hielt einen Vortrag über das Thema: „Die Verkürzung der Arbeitszeit in der Praxis“, wobei er hauptsächlich aus dem Schatz seiner eigenen Erfahrung schöpfte. Herr Freese hat in seiner Fabrik seit längerer Zeit den achtstündigen Arbeitstag eingeführt und er wolle die Arbeiter sehen sich gut dabei. Ueber den interessantesten Vortrag wird berichtet: Der Redner stellte die Frage voran, ob der Staat, die Gesellschaft berechtigt seien, sich in Bezug auf die Arbeitszeit in die gewerblichen Verhältnisse einzumischen. Herr Freese bejahte die Frage ohne Weiteres. Er wies auf das Eingreifen des Staates zum Schutze der Arbeiter, wie es bereits in Deutschland und noch früher in anderen Ländern, vor allem in England, erfolgt ist, hin und begründete das Verbot der Arbeit von jugendlichen Kindern, die Beschäftigung der Frauen und Kinderarbeit in den Fabriken nur als den ersten Schritt auf dem Wege, der zu

Einführung des allgemein gültigen, gesetzlichen Normalarbeitstages in den verschiedenen Gewerben führen müsse. Wie weit der Staat in seinen Forderungen gehen dürfe, dafür seien die Beobachtungen wertvoll, die Redner selbst in seiner eigenen Fabrik während der letzten acht Jahre gemacht habe.

Im Geschäftsjahre 1886/87 sei in dieser Fabrik die Arbeitszeit vollständig unregelmäßig, eine Arbeitszeit von 16 bis 17 Stunden (!) sei häufig vorgekommen; wenn die Saison herankam, wurde schon um 4 Uhr Morgens angefangen und bis spät in die Nacht hinein gearbeitet. Schritt für Schritt habe er diese Mißstände abgesehen und es sei ihm, wie er glaube, auch gelungen. Im Jahre 1888 habe er zunächst die Sonntags- und Ueberstunden-Arbeit gänzlich abgeschafft und eine 9/11stündige Arbeitszeit eingeführt. Im Jahre 1890 sei in dem Arbeiter-Ausschusse der Fabrik, der eine überaus erfruchtliche Wirksamkeit seit zehn Jahren schon entfaltet habe und noch entfaltet, die Frage des Achtstundentages erörtert worden. Er habe sich mit der Forderung einverstanden erklärt, wenn sie nicht allgütiger Opfer für ihn selbst im Gefolge hätte. Die Arbeiter hätten damals eine Lohnreduktion von 10 bis 15 pCt. verlangt, das wäre für ihn zu viel gewesen und deshalb hätten sich die Verhandlungen zerlegt. Schließlich sei die Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden auf 9 Stunden herabgesetzt worden. Die Resultate und Beobachtungen zeigten dem Vortragenden damals schon, daß die Einführung des Achtstundentages möglich sei. In der sogenannten „faulen Zeit“ wurde die Arbeitszeit reduziert, aber die Produktion erlitt sich dadurch als illusorisch. Die Arbeiterarbeit holte Alles ein. Ende der Woche war der gleiche Lohn wie vormals zu zahlen. Die Ueberstundenarbeit erlitt der Redner gar bald als Schandtat. Der Arbeiter richtete sich seinen Etat darnach ein, er konnte ohne Ueberstunden nicht mehr bestehen und mit der Arbeit auch nicht eher fertig werden.

Nachdem die neunstündige Arbeitszeit mit Erfolg eingeführt war, wurde mit der achtstündigen der Versuch gemacht. In der Fabrik wird fast nur Akkordarbeit geleistet. Der Redner ließ sich deshalb über die Frage der Akkordarbeit näher aus. Er leugnete die Mißstände nicht, die für gewöhnlich mit dieser Art der Produktion verbunden seien, er habe aber diese Mißstände gemildert, indem er die Tarife mit den einzelnen Werksstätten vereinbarte und immer gleich auf zwei Jahre hinaus schloß. Eine Revision der Tarife zu Ungunsten der Arbeiter sei ausgeschlossen und der feste Gehalt der Tarife gebe dem Arbeiter einen festen Rückhalt. Die Tarife hingen in jeder Werkstätte aus, seien vom Vorarbeiter oder dem ältesten Arbeiter unterzeichnet und gelten als verbindlich. Eine Abänderung geschähe nur nach gegenseitiger Uebereinkunft.

Als der Achtstundentag zur Einführung kam, erfuhr er nur aus einzelnen Werksstätten Widerpruch; einige Arbeiter sagten, sie fürchteten eine Ueberlebens-Anforderung, andere, sie müßten, sowie sie nicht, wo und wie sie den Abend verleben sollten, ein alter Mann meinte, der Achtstundentag sei wohl für die Jugend, für sein Alter, lauge er nicht. Alle diese Leute seien von der Ueberwindung der Mühseligkeit überstimmt worden und so sei während des Winters 1892 der Versuch gemacht worden. Um fünf Uhr wurde die Fabrik geschlossen, kein Arbeiter durfte länger darin verweilen. Der Betrieb regelte sich vorzüglich. Nicht die geringste Mißhandlung ergab sich, wie die folgenden Bohnenpreise, die Redner zusammenstellt hat, beweisen. In der Salpetermineralwasserfabrik wurde im Jahre 1886/87 bei 9 1/2-11stündiger Arbeitszeit, der Verdienst im ganzen Jahre zusammengeordnet, pro Mann und Woche durchschnittlich verdient M. 25,78, im Jahre 1889/90 bei 9 1/2stündiger Arbeitszeit M. 26,30, im Jahre 1890/91 bei neunstündiger Arbeitszeit M. 27,89, im Jahre 1891/92 M. 28,69 und im Jahre 1892/93 bei achtstündiger Arbeitszeit M. 31,16. Die Einzelner verdieneten in den gleichen Jahren bei gleicher Arbeitszeit M. 27,31, 27,79, 28,66, 28,05 und 29,41. Die Walter und Anstreicher verdieneten M. 27,70, 26,67, 27,24, 28,11 und 28,60, die Schloffer M. 30,58, 31,05, 31,48, 28,25 und 28,19. (Das Minus bei beiden letzten Kategorien in den letzten beiden Jahren erklärt sich aus Veränderungen in der Brände. Einzelne patentirte Artikel wurden früher besser bezahlt als gegenwärtig.) Im Maschinenraum, wo Hobelmaschinen, Kreisfräsen und Handfräsen hängen, sei das Resultat ebenfalls ein gutes gewesen, entgegengegesetzt der Ansicht der Theoretiker, die da sagen, bei den Maschinen könne die Zeit nicht eingeholt werden; die letzten eben, was sie leisten können. Die hier beschäftigten Arbeiter hätten verdient: M. 24,07, 23,66, 24,60, 24,18 und 25,34.

In der Maschinenfabrik hätten die Arbeiterinnen M. 11,84, 13,44, 14,51, 13,16 und 14,88 verdient. Der Durchschnitt aller Arbeiter stelle sich wie folgt: M. 24,54, 24,26, 25,07, 24,18 und 26,67.

Diese Zahlen beweisen, daß sich durch konzentrierte Thätigkeit sehr gut das einholende Lasse, was dem Arbeiter an Zeit genommen werde. Bei längerer Arbeitszeit seien Kaufen unvermeidlich, die bei kürzerer Arbeitszeit wegfallen. Das Bewußtsein: „um fünf Uhr bist Du Dein freier Herr“, werde zum Antriebe und Vortriebe. Die Fabrik spare erheblich an Dampf, Gas, Heizung etc.

Herr Freese erklärte ausdrücklich, daß die Produkte in keiner Weise gelitten hätten, im Gegenteil, die Arbeiter gingen mit mehr Lust und Liebe als früher an ihre Arbeit heran. Die kürzere Arbeitszeit sei notwendig für die Gesundheit unseres Volkes und die Industrie dürfe keinen „Raubbau“ an der Volksgesundheit treiben. Die Frage bleibe, ob die kurze Arbeitszeit nur durch Gesetz oder durch freie Uebereinkunft mit der Organisation erreicht werden kann. Er selbst habe vor den Arbeiterorganisationen die allerhöchste Meinung, aber für die Erreichung des Achtstundentages, ja nur des Neun- oder Zehnstundentages, halte er sie zu schwach. Die Organisation sei ja auch nicht überall möglich, er erinnere an die Hausindustrie, an die einzelnen Fabriken, andererseits an die großen Staatsbetriebe. Wie sollten die Arbeiter in diesen Betrieben zu so kräftigen Organisationen gelangen, um diesem übermächtigen Arbeitgeber gegenüber ihre Rechte vertreten zu können? Der größte Arbeitgeber, der Staat, könne nur durch Gesetz gezwungen werden, ebenso wie die großen Arbeitgeber, die ganze Königreiche unter sich hätten. Was die Verbände erreicht hätten, sei fast stets im blutigen Kriege bis auf's Messer durch Streiks erreicht worden. Wie viele Streiks seien aber auch verloren gegangen. Ein amerikanischer Statistiker habe festgestellt, daß die in den letzten 10-15 Jahren erfolgten Reduktionen an Arbeitszeit durch 6461 Streiks erreicht worden seien. Gegenwärtig werde gegen den Achtstundentag stets in's Feld geführt, daß die

Arbeiter selbst am meisten geschädigt würden. Wenn das wahr wäre, würden die Arbeiter den Achtstundentag nicht so dringend verlangen. Es bleibe nur das letzte Bedenken, ob der Staat das Recht habe, den Arbeiter als ein freies Recht-Subjekt folgerichtig zu bevormunden. Man könne auch über dieses Bedenken zur Tagesordnung übergehen. Denn was habe es mit einem freien Recht-Subjekt auf sich, das acht Tage nicht ohne Arbeit leben könne, ohne notwendige Sünden verzeihen oder veräußern zu müssen. Willst du Freiheit ohne Arbeit? Ist das eine Freiheit, die es wolle. Die kurze Arbeitszeit wirkte moralisch günstig ein. Ein Arbeiter, der von neun Uhr bis fünf Uhr gearbeitet habe und sich dann seiner Familie widmen kann, beude mehr für Staat und Gesellschaft, als ein Arbeiter, der ein Familienleben nur vom Hörensagen kenne und nur mühsamlich seine Arbeit verrichte. Der Redner schloß: „Alle Gründe der Staatsraison und der Humanität sprechen für die gesetzliche Einführung des Achtstundentages und ich kann nur wünschen, daß die Forderung, die der Arbeiterverein in seinem Programmvertrage aufgestellt hat, der Verwirklichung entgegengeführt werde.“

**Gewerkschaftliche Angelegenheiten.**

• **Baueinsturz in Köln a. Rhein.** Am Freitag, den 21. September, Vormittags 9 Uhr, stürzte in der Lindenstraße der hintere Theil (an welchem sich der Ausgang für die Bau-Arbeitsleute befand) eines vierstöckigen, im Neubau begriffenen Hauses ein. Glücklicherweise waren alle dort Beschäftigten zum Aufstehen und die Maurer an der entgegengesetzten Seite beschäftigt, als der Unfall passierte, sonst hätten dort wiederum 20 bis 25 Menschenleben auf dem Spiel gehanden. Wie Sachverständige behaupten, liegt die größte Schuld an der Bezeichnung. Trophäen das Eisen, heututage billig, ist es dem Kapitäl für die paar Pfennige doch zu wenig teuer.

• **Die Gewerbegerichtsverfahren in Dortmund haben selber für die Sozialdemokratie nicht den gewünschten Erfolg gehabt.** Die „antisozialistischen“ Arbeiterparteien, die tagelangen wie die evangelischen, von Passen genährten Arbeitervereine, die braven Brauergesellen und die Fisch-Dummköche Gewerkschaften etc. — Alle waren sie einig gegen den „gemeinsamen Feind“, so daß sie 1895 Stimmen auf ihre Liste vereinigen, während den Kandidaten des „Evangelischen Parteilists“ 1650 Stimmen ausfielen. Letztere also sind mit 145 Stimmen unterlegen. Darüber herrscht selbstverständlicher großer Jubel in der gewerkschaftlichen Presse; sie selbst von einem großen Sieg der „Ordnungssucht“. Nun, unsere Dortmund-Gesellen werden sich freuen, die Scharte auszuwischen.

• **Die Wiener Tapezierergesellen sind am 8. September in einen Streik eingetreten.** Sie fordern verfürzte Arbeitszeit, Festschließung eines Minimallohnes und Abschaffung der Akkordarbeit.

• **Wegen Lohnreduktion haben sämtliche Gelehrer der Staatsbruderei in Belgien am 19. September die Arbeit eingestellt.**

• **Der Ausstand der Glasarbeiter in Albe-de-Sier (Südrheinland) dauert fort.** Die Glasfabrik Widmanns kündigte den Ausständigen die Wohnung und ließ sie austreiben. Die sozialistischen Abgeordneten Raubin und Charpentier feuern in ihren täglichen Versammlungen die Ausständigen zum Widerstand an. Von Straßenumgebungen ratzen die Angeordneten wegen der getroffenen polizeilichen Vorregeln an. Eine Anzahl Kammerdeputirten sind in das Ausständigengebiet gereist.

• **Der Kongreß der französischen Sozialdemokratie, welcher in Nantes getagt hat, nahm eine hochbedeutende, die Streiks betreffende Resolution an.** Der Generalstreik wurde entschieden und einstimmig beschlossen. Die Verhandlungen in nächster Nummer darauf zurückkommen.

• **Wom schottischen Kohlenarbeiterausstand.** Dagegen der Ausstand nun schon über elf Wochen dauert, bleibt die Lage in den schottischen Kohlenbezirken unabweisbar. Es fand in Dunsfermline eine Konferenz zwischen den Vertretern der Grubenbesitzer und des Bergarbeiterverbandes statt. Die Bergarbeitervertreter drangen auf die Annahme der britischen Föderations-Bedingungen, nämlich, daß die letzte Reduktion nur sechs Pence anstatt einer Schilling (also nur die Hälfte) betragen und dieser Lohn auf zwei Jahre garantiert werden soll; aber die Grubenbesitzer antworteten nachdrücklich, daß diese Bedingungen nicht gewährt werden könnten. Schließlich gingen die Grubenbesitzer so weit, daß sie verhandelten, die Frage der Errichtung eines Einigungsamtes in Erwägung zu ziehen, unter der Bedingung, daß die Arbeiter sofort zu den alten Lohnsätzen die Arbeit wieder aufnehmen.

**Agitationsbericht.**

Im Auftrage des General-Bevollmächtigten der Maurer Deutschlands unternahm ich eine Agitationstour, die sich diesmal vornehmlich auf Süddeutschland erstreckte. Versammlungen haben stattgefunden in Hildesheim, Hannover, München, Gießen, Frankfurt a. M., Mainz, Kreuznach, Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Selb, Bamberg, Stuttgart, Gießen, Dinsdorf, Klattenhardt, Straßburg i. E., Offenburg i. B., Freiburg i. B., Mühlhausen i. E., Konstanz a. Bodensee, München, Wiesbaden, Nürnberg und Rudolstadt.

In Worms, Forstheim, Gießen, Herborn, Wetzlar waren durch verschiedentlich eingetretene Verhältnisse keine Versammlungen. Ueberall sieht es in den einzelnen Orten insofern des wirtschaftlichen Niederganges unter unseren Kollegen traurig aus. Arbeitslosigkeit herrscht im höchsten Maße; das Unternehmertum wird immer großprohiger und düstelloser. Sie sind der Meinung, die Welt wäre nur ihr wegen da. Und was thun unsere Kollegen dagegen? Nichts! — Unlängst sich zusammenschließen, um so dem Druck entgegenzutreten zu können, legen sie die Hände in den Schooß oder nützen sich um die unwichtigen Kleinigkeiten herum. Aus einer Wäde wird oft ein Elefant gemacht. Das ist ja eben die traurige Thatsache, daß die Arbeiter häufig in kleinen Sachen so unendlich groß und in großen Sachen so unendlich klein sind. Alle Untugenden machen sich durch den Selbstverleumdung breiten; Ueberstundenarbeit, Akkordarbeit, Angeber, Klatscher wie bei alten Weibern, Verleumdungen der gewerkschaftlichen Art sind an der Tagesordnung, und tritt mal Einer auf, der den sonderbaren Dingen gehörig ob ihres Betrages die Maßzahl gelte, kann

zeigen sie eine Empfindlichkeit, als hätte man eine ehrende Anger beleidigt. Sie sich selbst nehmen die Verleumdung alle Ehre in Anspruch, während hingegen sie Anderen die Ehre radikal abschneiden, das ist die Signatur unserer heutigen Verhältnisse doch die Kollegen einsehen, daß nur durch eine gute Zusammengehörigkeit etwas zu erreichen ist.

Auch tritt jetzt das Bestreben auf, in der Gewerkschaftsbewegung sich um leere Worte herumzuputzen, namentlich sind es die superflügeln Unabgängigkeit und Anarchisten, die in den Gewerkschaften ihr Unwesen treiben, wenn da einmal ein Referent auftritt, dann stülzen sie an einzelnen Worten herum, um nun den Versammelten zu zeigen, sehr was bin ich für ein kluger Mann, der sogar im Stande ist, dem Referenten entgegenzutreten; die gläubige Masse soll dann zu allem Ja und Amen sagen. Solche Haarpalster, die ob ihrer Klugheit so blind geworden sind, daß sie ihre große Dummheit nicht sehen, verderben nun aber ob ihrer Wortklauberei mehr als zehn auf machen können; darum soll man vor solchen Leuten auf der Hut sein. Wie heißt es doch in Goethe's Faust?

Schüler:

Doch ein Begriff muß bei dem Worte sein —  
Ephiphophes:  
Schon gut! Nur muß man sich nicht allzu ängstlich quälen, Denn eben, wo Begriffe fehlen,  
Da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.  
Mit Worten läßt sich trefflich streiten,  
Mit Worten ein System breiten,  
Ain Worte läßt sich trefflich glauben,  
Von einem Worte läßt sich kein Satz bauen. —

Was nun die einzelnen Orte betrifft, so ließe sich darüber sehr viel, aber auch sehr wenig schreiben. Ueberall herrscht das Gleiche; Unterdrückung der Arbeiter im höchsten Maße. In Mainz ist ja wieder etwas zu Stande gebracht, da war die Organisation der Rauereit sehr einflussreich, durch meinen Vortrag ist sie wieder zum Leben erweckt worden. Man will ja auch in der Umgegend von Mainz die Kollegen organisieren, z. B. in Hechtsheim, Rostheim, Wrengenheim, weil dort die meisten wohnen, die des Morgens nach Mainz und des Abends wieder heimgehen. Ueberhaupt magt sich das Bestreben bemerkbar, das arabische Sprachwort zur Geltung kommen zu lassen: „Wenn der Berg nicht zu dem Berg kommt, muß Muhammed zum Berge gehen.“ — Die Werbung brauche ich wohl hier nicht zu geben.

In Kreuznach sind alle Verbandskollegen gemahregelt worden, so daß bis auf sehr wenige fast alle auswärts arbeiten, da kann also von einer Verbandsfähigkeit keine Rede sein, trotzdem wollen sie, daß der Verband nicht eingee, und wenn sie zum Spätherbst wieder nach Hause kommen, dann soll es mit der Organisation wieder weiter gehen.

In Worms konnte ich nicht gewahrt werden, ich wandte mich an einige Mitglieder, aber auch da konnte mir nichts mitgeteilt werden; wenn nun in der letzten Nummer 37 des „Grundstein“ ein Eingeladene aus Worms besagt: „Es wäre zu wünschen, daß ein Agitator auch in Worms in einer Bauhandwerker-Versammlung spräche u. s. w.“ — So erlaube ich hiermit den Einladern, nur einfach an unsern Generalsekretärschreiben, Kollegen Steinig, Hamburg, eine Adresse einzulegen, das übrige wird dann schon gemacht werden, und wenn in Worms ein Verein besteht, der nahezu 100 Mitglieder zählt, so ist das ein Verein, von dem außer den Mitgliedern selbst kein anderer Mensch etwas weiß, oder ein Verein, das im Verborgenen blüht.

In Mannheim ist ja auch nach jahrelangem Bemühen mal eine Bauhandwerker-Versammlung gewesen, man ist auch hier gewillt, sich der Organisation anzuschließen, indem man ein Comité gewählt hat, das die Sache in die Hand nehmen soll. Auch hier ist das Affäre- und Parteilwesen in höchster Schöpfung. In Heidelberg war eine Bauhandwerker-Versammlung einberufen, die von ungefähr 100 Personen besetzt war, nur waren von den Bauhandwerkern Heidelberg höchstens drei Personen anwesend. Am dem Sonntag war im nächstgelegenen Dorfe Kirrnes, und diese so feiern ist doch wichtiger als eine Versammlung zu besuchen; nun, es wird auch in der Unterstadt-Veranstaltung Heidelberg unter den Bauhandwerkern mal nicht werden.

Dasselbe war in Karlsruhe zu beobachten, im stachen Durack Kirrnes, Besuch der Versammlung schlecht. Unter den Wenigen, die da waren, entstand eine ode Päntere über verlassene Dinge, die doch nicht mehr ungeschick gemacht werden können. Die Unternehmer lachen sich ein in's Gekrücheln und scherzen dabei ganz gemächlich ihre dummen, geblühnen Schicksale.

In Forchheim war keine Versammlung, dort arbeiten die betreffenden Kollegen auch auswärts. Hier ist ebenso wie in Frankfurt a. M., Karlsruhe und noch anderen Orten, das System der Arbeitstage eingerichtet, so kommen und gehen tagtäglich in der Richtung von Forchheim nach Würzburg 450 bis 500 und in der Richtung von Forchheim nach Karlsruhe 250 bis 300 Arbeiter und Arbeiterinnen. Darunter sind auch viele Bauhandwerker. Wenn auch der Frachtpreis gering ist, so kommt doch das Jahr über ein ganz hübsches Stämmchen heraus, was die Arbeiter von ihrem geringen Lohn bezahnen müssen; häufig bis zu M. 50.

In Heilbronn war eine gut besuchte Versammlung und ist hier, indem tüchtige Kollegen am Platze sind, zu erhoffen, daß das Verbandsleben ein recht reges und tüchtiges wird.

In Cannstatt, Stuttgart, Denndorf und Wattenhardt, waren gut besuchte Versammlungen. Eine erfreuliche Tatsache ist zu verzeichnen, daß die Stuttgarter Kollegen tüchtig an der Agitations- und auch Organisationsarbeit sind; fast jeden Sonntag besuchten sich Kollegen in den Ortschaften, um für die Organisation zu werden; es wäre gut, wenn die Kollegen anderer großer Städte dies ebenfalls täten, dann würde die Organisation einen mächtigen Aufschwung bekommen, dann könnten wir bald an die 20 000 Mitglieder zu verzeichnen haben.

In Straßburg i. E., ebenso in Wälhausen i. E., waren gut besuchte Versammlungen. Hier haben die Kollegen, ebenso wie in Baden und Württemberg, unter dem Zug von italienischen Arbeitkräften zu leiden. Wie stark der Zug in diesem Jahre, namentlich hervorgerufen durch die Aufnahme in Südtirol, in Deutschland ist, beweist der Umstand, daß auf Verreiben des St. Rappalvereins in Karlsruhe extra ein italienischer Geschäftler, Franzisko Dommozzi, Barrer aus San Polo di Biabe, angestellt ist, der unter den italienischen Arbeitern Gottesdienst in italienischer Sprache abhält. Es zeigt sich hier so recht die Besorgnis für das Seelenwohl, aber um das leibliche Wohl der Arbeiter kümmert man sich nicht. So habe ich mich in Wälhausen, bei der Arbeit des Rhone-Elbe-Kanals, wo mehrere Hundert Italiener beschäftigt sind, überzeugt, wie die Arbeiter leben; und Bassalle hatte vollständig recht, wenn er

sagt — „darum ist der italienische Arbeiter so weit zurück in der Kultur, weil er keine Bedürfnisse hat, weil er zufrieden sich ausbreitet und in der Sonne sich wärmt, wenn er eine Hand voll Raskaroni erworben.“ — Gerade die verdammte Bedürfnislosigkeit ist es, die die Arbeiter aller Nationen noch in Banden hält.

In Offenburg i. B. und Freiburg i. B. waren auch gut besuchte Versammlungen; in letzterem Orte tranken die Arbeiter noch an den Nachwehen des letzten Streiks. Wie da Unternehmertum und Behörde Hand in Hand gegangen sind, um der Freiburgiger Streik-Insurrektion zu machen, ist ja allgemein bekannt, wie die Gerichte über die Sache geurteilt haben, ist ja auch bekannt; trotzdem wäre der Streik nicht verloren gegangen, wenn man nicht zu einem Mittel gegriffen hätte, woran die Streikenden nicht gedacht haben und auch nicht denken konnten.

Als man trotz aller Bemühungen doch nicht so viel Arbeiter offen in die Stadt einbringen konnte, griff man zu einer List, die denn auch von Erfolg gekrönt wurde und den Ausflüglern alle Ehre machte. Man mietete mehrere Arbeitswagen von der großen Sorte der internationalen Transportwagen, die sich die man zur Stadt hinaus, ließ dieselben, damit es nicht auffällig werde, in großem Bogen über mehrere Orte fahren nach der Stelle hin, wo man einen Sammelplatz geschaffen hatte, dann wurden die fremden Kollegen im Arbeitswagen verladen, dieselbe verschifft und fort ging es nach Freiburg. Also förmlich wie die Gefangenen wurden sie transportiert und dann an Ort und Stelle unter heftigsten Schutz genommen. Unter diesen unglücklichen Verhältnissen war es denn auch nicht zu verwundern, daß die Kollegen nachgeben mußten; trotz alledem hat man doch etwas Respekt bekommen, denn die Behandlung, die früher eine rohe und brutale war, hat sich doch merklich gebessert. Auch ein Fortschritt.

In Konstanz sprach ich in einer Mitglieder-Versammlung, die den Verhältnissen nach ziemlich gut besetzt war. In Singen sollte noch eine Versammlung sein, die mußte aber unterbleiben, weil durch die Wanderversität alle Lokale mit Einquartierung besetzt waren.

Son da fuhr ich über Hochheim, Wreng, Bindau, Rempten nach Wälhausen. Hier hielt ich drei Versammlungen ab, zwei Rauereit und eine allgemeine Gewerkschafts-Versammlung, die den Verhältnissen gemäß sich eines besseren Besuchs hätten erfreuen müßten. In Wälhausen sind die Verhältnisse ebenso traurig wie anderwärts. Stetses Kröpfen hößt auch den härtesten Eitel und unausgesetzte Agitation wird auch hier den Kollegen die Ueberzeugung beibringen, daß nur durch Organisation, also festes Zusammenhalten, etwas zu erreichen ist.

Die Wälhäuser haben durch die Konturreiz der sächsischen Rauereit zu leiden, die ebenso bedürftig sind wie die Pfälzer. Dann ist hier noch ein Mißstand zu verzeichnen, der einer Stadt wie Wälhausen wachlich nicht zum Ruhme gereicht, nämlich die Beschäftigung von Frauen und Mädchen auf den Hauptbäumen als Arbeiterinnen. Es ist nicht traurig anzuschauen, wenn Frauen mit den Kältsen in den Laufjorden bis in die vierte Etage hinaufklettern müssen; und wie leicht der Lohn, den solche Arbeiterinnen trotz ihrer schweren Arbeit erhalten? M. 1.50 bis 1.80, im höchsten Falle M. 2, bei zehnständiger Arbeitszeit. Auch hier fehlt das Affäre, Partei- und Kolonnenwesen in höchster Blüte. Daß ja das Bauwesen unter dem Anflug des Submissionswesens zu leiden hat, woraus denn alle jene Widerwärtigkeiten entspringen, mit denen wir zu kämpfen haben, sehe ich als allgemein bekannt voraus. Eine Submissionsweise kann ich doch nicht unterlassen, hier mitzuweisen. Vor einiger Zeit wurden Arbeiten in Submission vergeben an einem mittelreichen Bau, die Herzog Max-Burg. Die Bauarbeiten schwannten zwischen M. 145 000 und 98 000; die Zimmerarbeiten zwischen M. 33 000 und 27 000; bei den Dachdeckerarbeiten waren folgende neun Angebote gemacht: M. 28 559,95, 21 071,09, 20 517,19, 20 845,60, 19 626,36, 19 388,56, 18 129,13, 17 853,98, 17 101,82. Also bei den Dachdeckerarbeiten mit Spenglerarbeiten verbunden allein eine Differenz von M. 11 459,93. Da ist es nicht zu verwundern, daß die Knochen der Arbeiter herfallen müssen, wenn der Unternehmer was verdienen will.

In Nürnberg war eine schwach besuchte Versammlung, was wohl darin seinen Grund hat, daß die Versammlung ursprünglich in im alten Lokal „Café West“ sein sollte, durch lokale Umstände jedoch wenige Tage vorher das Lokal abgefragt wurde; nun konnte auf den Handplätzen die Aenderung nicht mehr vorgenommen werden. Hier bestehen nun selber zwei Vereinigungen der Rauereit: eine Zentral- und eine Lokalvereinigung. Zu wünschen wäre es, daß die Kollegen sich wieder vereinigen würden, denn durch ihre Herpiltierung haben sie keinen Vortheil, nur Nachteil.

In Ansbach sowie Rudolstadt waren ebenfalls Versammlungen; auch hier ist in Betreff der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht viel Gutes zu berichten.

In Herzbrud und Bayreuth haben keine Versammlungen stattgefunden.

Somit war meine Agitations-tour beendet. Einigen Erfolg habe ich zu verzeichnen, indem ich in verschiedenen Orten den Anflug zur Organisation gegeben habe. 28 Orte habe ich bereits und 28 Versammlungen abgehalten. Im Allgemeinen ist ja ein reger Geist unter den Kollegen in Süddeutschland; überall hängt man an, sich zu regen, und so haben wir ja in letzter Zeit ganz schöne Fortschritte in Süddeutschland zu verzeichnen. Die Arbeitszeit schwankt zwischen zehn und zwölf Stunden, vorwiegend wird noch elf Stunden geachtet; in einigen Orten hat aber die Ueberlundenarbeit überhand genommen, so daß häufig noch zwei bis drei Ueberstunden gemacht werden. Der Lohn ist einer großen Schwankung unterworfen, und will ich die Städte in ihren Lohnverhältnissen vorführen.

Hilfheim: Arbeitszeit 10<sup>1/2</sup> Stunden, Lohn M. 2,10—3,60. Gamm-Wälhausen: Arbeitszeit 10 Stunden, Lohn für einheimische Rauereit M. 2,20—3,30, für auswärtige M. 3,80—4. Gasse: Arbeitszeit 10 und 11 Stunden, Lohn für Junggesellen M. 2—2,20, für ältere Gesellen M. 3,50—3,70. Frankfurt a. M.: Arbeitszeit 10, 11 und 12 Stunden, Lohn M. 3,50—4,20, einige auch M. 4,50. Mainz: Arbeitszeit 10 und 11 Stunden, Lohn M. 2,80—4. Kreuznach: Arbeitszeit 11 Stunden, Lohn M. 2,75—3,80. Worms: Arbeitszeit 11 und 12 Stunden, Lohn 28—28 A. die Stunde. Wälhausen: Arbeitszeit 10<sup>1/2</sup>, und 11<sup>1/2</sup> Stunden, Lohn M. 3—4. Heidelberg: Arbeitszeit 11 Stunden, Lohn M. 2,50—4,15. Forchheim: Arbeitszeit 11 Stunden, Lohn für Rauereit M. 2,50—3,80, für Wäher M. 3,80—4,20. Heilbronn: Arbeitszeit 11 Stunden, Lohn M. 2,50—3,80. Cannstatt:

Arbeitszeit 11 Stunden, Lohn M. 3,80—3,96. Stuttgart: Arbeitszeit 11 Stunden, Lohn M. 3,80—4,15. Die Kollegen von Denndorf und Wattenhardt arbeiten zum größten Theil in Stuttgart. Straßburg i. E.: Arbeitszeit 11 Stunden, Lohn M. 3—3,90. Offenburg i. B.: Arbeitszeit 11 und 12 Stunden, Lohn M. 2,80—3. Freiburg i. B.: Arbeitszeit 11 Stunden, Lohn M. 2,80—3,80. Wälhausen i. E.: Arbeitszeit 11 und 12 Stunden, Lohn M. 2,80—3,60. Konstanz: Arbeitszeit 11 Stunden, Lohn M. 2,80—3,60. Wälhausen: Arbeitszeit 10 Stunden; Lohn M. 3,50—4, für die Arbeiterinnen M. 1,80—2. Ansbach: Arbeitszeit 10 Stunden, Lohn M. 2,20—2,50. Nürnberg: Arbeitszeit 10 und 11 Stunden, Lohn M. 3,60—4,40. Bayreuth: Arbeitszeit 11 Stunden, Lohn M. 2,60—3,40. Rudolstadt: Arbeitszeit 11 Stunden, Lohn M. 2,50—3,50.

Aus dieser Lohnverteilung können die Kollegen ersehen, daß die Klassenlosigkeit auch hier in der höchsten Blüte steht. Außerdem ist es noch in einigen Städten Gebrauch, daß 14-tägige Lohnzahlung herrscht, der Arbeiter also dem Unternehmer 14 Tage Kreditium muß. Wenn dann die Arbeiter während der Zwischenzeit etwas nötig haben (man nennt dies „Sühlgeld“ geben), so müssen sie erst förmlich bitten und betteln, damit sie nur etwas bekommen; hier wäre es Zeit, den Gehel anzufehen, um diese Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen. In Straßburg hat sich die Unfälle eingenistet, wenn der Arbeiter, indem dort Tagelöhner herrscht, nicht einen 1/4 Tag voll arbeitet, er die gearbeitete Zeit überhaupt nicht bezahlt erhält, so daß manche Arbeiter in der Woche um 2—3 Stunden Arbeitszeit betrogen wird.

Dann haben die Kollegen noch mit anderen Uebelständen zu rechnen, denke man sich Bauten, wo auch Frauen und Mädchen arbeiten, was für Zustände dort häufig herrschen; keine Bauten, keine der Stillsitzigkeit entsprechenden Aborte u. s. w. Hier kommt es auch so heraus, wie in Nr. 37 des „Grundstein“ zu lesen ist, „Frauenarbeit beim Bahnbau“ — das Feld ist ja groß genug. Ich will meinen Bericht schließen, indem ich glaube, den Kollegen eine Uebersicht über die Verhältnisse in unserm Beruf aus Süddeutschland gegeben zu haben, und rufe allen Kollegen, ob in Nord oder Süd, ob in West oder Ost von Deutschland, das Wort zu, daß ich schon so oft in Versammlungen gebraucht habe: „Mann der Arbeit aufgemacht, und erkenne Deine Macht; alle Räder sehen still, wenn Dein starker Arm es will.“ Mit Gruß

Hannover, im September 1894. Albert Paal.

Der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister

hielt am 10. d. M. in Köln seinen Delegierten-tage ab. Es liegen bis jetzt nur ziemlich knapp gezeichnete Zeichnungen darüber vor, denen wir folgendes entnehmen:

Ueber die Entwicklung des Verbandes referierte Herr Schmitt-Steigly. Danach umfaßt der im Jahre 1889 in Hannover mit 75 Innungen gegründete Verband heute 274 Innungen mit rund 6000 Mitgliedern. Daß die meisten dieser Innungen nur ganz versonnen in den klein sind und nur ein Geschäft absetzen können, beweist der Herr Vorsitzende nicht.

Rauereimeister Bauer-Hamburg hielt einen Vortrag über die Organisation des Bauhandwerks, und sprach der Innungsverband seine Ueberzeugung dahin aus, daß der mit Einflüssen der unbeschränkten Gewerbefreiheit beginnende Verfall des Bauhandwerks in gewerblicher und wirtschaftlicher Hinsicht nur unter der Voraussetzung ausfallbar ist, wenn die in Aussicht gestellte Reorganisation des Bauhandwerks auf der Grundlage aufgebaut wird, daß

1. mindestens für das Baugewerbe, welches berufen ist, dem deutschen Volk die Heimstätten zu bauen und mit besonderer Gefahr verbunden ist, der Beschäftigungsnachweis erforderlich wird;

2. so lange der Beschäftigungsnachweis für das übrige Handwerk nicht erreichbar, jedenfalls in jedem anderen Handwerk dessen selbständiger Betrieb nur demjenigen gestattet wird, welcher eine ordnungsmäßige Lehrgzeit und eine mindestens dreijährige praktische Gesellen-tätigkeit nachgewiesen vermag;

3. Lehrgänge nur derjenigen soll ausbilden dürfen, welcher selbst ordnungsmäßig gelernt hat und mindestens fünf Jahre als Geselle oder Meister praktisch tätig war;

4. die Bezeichnung als Meister nur solchen darf, wer den Nachweis der Beschäftigung hierzu nach Erfüllen der Erfordernisse zu 2. vor einer Innung oder einer anderen Prüfungs-kommission geführt hat;

5. die Innungen als Grundlagen der geplanten Organisation dauernd fortzuleben bleiben;

6. den Vorständen der Innungsverbände die Eigenschaft eines tüchtigen Verkäufers der Regierungen in allen das Handwerk betreffenden Fragen beigelegt und deren Ansehen in solchen den Behörden zur Pflicht gemacht wird.

7. für die von Seiten der Regierung in Aussicht genommenen Handwerkerkammern aus der Reihe der Innungsmitglieder nur diejenigen wählbar sein sollen, welche innerhalb der Innungen den Beschäftigungsnachweis geführt haben.

Der alte Text in neuer Auflage!

Rathsimmermeister Otto-Oberlin sprach über die Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker; er hob hervor, daß die Gewerbefreiheit unzulässige Zustände im Baugewerbe geschaffen habe. Nach längerer Diskussion wurde folgende Resolution angenommen: „Der Innungsverband deutscher Baugewerksmeister erachtet die gewerblichen und wirtschaftlichen Zustände, wie folgende seit Einführen der unbeschränkten Gewerbefreiheit sich ausgebildet haben, als unzulässig und den Verfall des Baugewerbes nach sich ziehende, weshalb sie einer baldigen und durchgreifenden Abhilfe auf gesetzlichem Wege bedürftig sind. Eine solche ist aber nur mit Zuerkennung zu erwarten, wenn 1. von der selbständigen Zulassung des so gefährlichen Baugewerbes ausgeschlossen wird, wer nicht den Nachweis der Beschäftigung für die dortigen einschlagenden Arbeiten geführt hat, oder wer sich als wirtschaftlich leistungsunfähig, als zahlungsunfähig, als moralisch untauglich erweist; 2. den Unternehmern von Baubetrieben gegen drohende Verluste des wertvollen Werkstoffes Schutz gewährt wird, zu welchem Zwecke ihnen ein gesetzliches Pfandrecht an den Baugrundstücken einzuräumen ist, welchem ihre geleisteten Arbeiten und geleisteten Materialien zu Gute kommen, und zwar mit der Wirkung, daß sie bei a) mit Bauhilfen besetzten Grundstücken für ihre Forderungen an der nächst offenen Stelle im Grundbuche eingetragen werden können, b) bisher un-

behalten einen Anspruch auf vorzugsweise Befriedigung vor dem Restanspruch...

Himmermeister Conrad Wolfram referierte über die Geschäftsführung einer Aenderung der bisher üblichen...

In der Erörterung wurden vielfach drastische Vorschläge des jetzigen Verwaltungsausschusses zu Tage gefördert...

Ferner wurde ein Antrag des Deutschen Handwerkerbundes betr. des Eintrits der Innungen...

Von einem formellen Beitritt der Innungen selbst zu dem Handwerkerbunde, welcher eine politische Organisation ist...

1. Tritt die Erwerbsunfähigkeit nicht unmittelbar nach dem Unfälle ein, machen sich die Folgen desselben vielmehr erst später bemerkbar...

2. Die Frist zur Geltendmachung des Entschädigungsanspruches ist laut der vorgeschlagenen zwei Jahre auf ein Jahr einzuschränken...

3. Die Frist zur Geltendmachung des Entschädigungsanspruches ist laut der vorgeschlagenen zwei Jahre auf ein Jahr einzuschränken...

4. Die Frist zur Geltendmachung des Entschädigungsanspruches ist laut der vorgeschlagenen zwei Jahre auf ein Jahr einzuschränken...

5. Die Frist zur Geltendmachung des Entschädigungsanspruches ist laut der vorgeschlagenen zwei Jahre auf ein Jahr einzuschränken...

6. Die Frist zur Geltendmachung des Entschädigungsanspruches ist laut der vorgeschlagenen zwei Jahre auf ein Jahr einzuschränken...

Abgaben und das Vorzugsrecht der Konf.-Ordn. § 54 § 1 beizulegen. (U. S. G. § 74, U. S. G. § 27.) In Übereinstimmung...

Die deutschen Gewerkschaften 1893.

Unter der Ungunst der Zeiten, unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse, der Bedrängung durch Behörden...

Nur da, wo ein langjähriger Zusammenhalt das Selbstbewusstsein der Mitglieder gehärtet hat, können solche äußere Einflüsse nicht eine merkwürdige Wirkung ausüben...

So ist es erklärlich, daß auch das uns jetzt in dem Bericht der General-Kommission vorliegende Bild der Entwicklung der deutschen Gewerkschaften im Jahre 1893...

Im Einzelnen haben folgende Organisationen an Mitgliedern zugenommen: Barbiere 365, Bergarbeiter (Sachsen) 807, Brauer 459, Buchdrucker 669, Buchhändler 520, Fabrikarbeiter...

Wenn die Zahl der Zentralorganisationen 1893 eine geringere ist gegen 1892: 61 gegen 67 im Vorjahre, so liegt das wesentlich an der Verschmelzung älterer Verbände...

Da die Ausgaben der Verbände durch die Ergebnisse von Streiks und Arbeitsstörungen sehr schwanken gemacht werden, lassen sich Vergleiche zwischen den Leistungen der einzelnen Verbände nur sehr schwer ziehen...

Die Ausgaben der Verbände durch die Ergebnisse von Streiks und Arbeitsstörungen sehr schwanken gemacht werden, lassen sich Vergleiche zwischen den Leistungen der einzelnen Verbände nur sehr schwer ziehen...

Die Ausgaben der Verbände durch die Ergebnisse von Streiks und Arbeitsstörungen sehr schwanken gemacht werden, lassen sich Vergleiche zwischen den Leistungen der einzelnen Verbände nur sehr schwer ziehen...

Die Ausgaben der Verbände durch die Ergebnisse von Streiks und Arbeitsstörungen sehr schwanken gemacht werden, lassen sich Vergleiche zwischen den Leistungen der einzelnen Verbände nur sehr schwer ziehen...

Die Ausgaben der Verbände durch die Ergebnisse von Streiks und Arbeitsstörungen sehr schwanken gemacht werden, lassen sich Vergleiche zwischen den Leistungen der einzelnen Verbände nur sehr schwer ziehen...

Müller hatte pro Kopf der Mitglieder M. 9,09, der der Gärtner 6,88, der der Rüstler 6,05 pro Jahr an Einnahme...

Wenn nun auch der Bericht der Gewerkschaften kein durchweg erfreuliches Bild bietet, so ist doch ein langsame Fortschritt in der Entwicklung zu erkennen...

Die beherrschende Bekämpfung der Gewerkschaften in Sachsen nimmt ihren Fortgang. Sie wird in altgewohnter Weise unter militärischer Auslegung der Gesetze rücksichtslos und mit größtem Eifer betrieben...

Die bürgerlichen Kaufleute, die mit dem ganzen Aufgebote ihrer Augenkraft nach einem neuen Sozialengesetz streben, wissen gänzlich, welches Unrecht sie dadurch dem Jammertode der Arbeiter tun...

Man ist zwar durch eine neuerliche Aenderung des Verbandsrats bestimmt worden, daß dort, wo einer solchen Wiederholung geistliche Hindernisse im Wege stehen...

Da sich der hiesige Fachverein der Metallarbeiter ungewissheit mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigt, so ist der vorstehend beschlossene Anschlag an den Verband...

Die einige Tage später stattgefundene geschlossene Mitglieder-Versammlung des Fachvereins der Metallarbeiter nahm nach längerer Debatte folgende vom Gesamtvorstande vorgeschlagene Resolution einstimmig an...

Als: unter dem Sozialengesetz, da die Arbeiterklasse, als auserkannntes Mitglied des Gesetzes stehen, von den Behörden bedrängt und heute, da wir unter dem gemeinen Recht stehen...

Als: unter dem Sozialengesetz, da die Arbeiterklasse, als auserkannntes Mitglied des Gesetzes stehen, von den Behörden bedrängt und heute, da wir unter dem gemeinen Recht stehen...

Als: unter dem Sozialengesetz, da die Arbeiterklasse, als auserkannntes Mitglied des Gesetzes stehen, von den Behörden bedrängt und heute, da wir unter dem gemeinen Recht stehen...

Als: unter dem Sozialengesetz, da die Arbeiterklasse, als auserkannntes Mitglied des Gesetzes stehen, von den Behörden bedrängt und heute, da wir unter dem gemeinen Recht stehen...

Als: unter dem Sozialengesetz, da die Arbeiterklasse, als auserkannntes Mitglied des Gesetzes stehen, von den Behörden bedrängt und heute, da wir unter dem gemeinen Recht stehen...

Als: unter dem Sozialengesetz, da die Arbeiterklasse, als auserkannntes Mitglied des Gesetzes stehen, von den Behörden bedrängt und heute, da wir unter dem gemeinen Recht stehen...

boten und wird das bekräftigt, was unter dem Sozialisten-gesetz erlaubt war! Natürlich, die schädlichen Arbeiter Unruhen zu mindern, es möge ein Ausnahmengesetz ihnen ihre Bewegungsfreiheit wiedergeben.

Jetzt ist die etwa 1000 Mitglieder starke Organisation der Chemiker Metallarbeiter, die sich als Einzelmitglieder dem Verbande angeschlossen hatten, politisch aufgeführt worden. Das gleiche Schicksal erlitten das Chemiker Gewerkschaftsartikel, nachdem bei den Mitgliedern desselben politische Hausjurisungen stattgefunden hatten. Dem Vorstands ging folgendes polizeiliche Schreiben zu: Der von Ihnen geleitete Verein „Gewerkschaftsartikel“ wird, da dessen Zweck sich auf öffentliche Angelegenheiten bezieht und der Verein sich mit dem Verein der Einzelmitglieder des Verbandes der deutschen Metallarbeiter, welcher derselben Beurteilung unterliegt, in Verbindung gesetzt hat, ohne das Recht der Körperschaft erlangt zu haben, auf Grund §§ 24, 25 des Gesetzes vom 22. November 1850 hiermit aufgelöst und solches Ihnen als Vorstand des Vereines zur Nachachtung andurch bekannt gemacht.

Von den gewerkschaftlichen Organisationen der Chemiker Arbeiter ist nun nicht viel mehr übrig. Die Polizei scheint einen großen „Berühmter“ in der Sache vorzubereiten. „Bei dem Vertrauensmann der Metallarbeiter in Gausch fand, wie man dem Beobachter“ meldet, eine fast zweifelhafte Handlung statt. Beschlagnahmt wurden ein Rechnungsbuch, eine Partie Verbandsschreiben, Namensverzeichnisse und Statuten-Nachträge, sowie vorgefundenes Geld, welches mitgenommen wurde, trotz der Erklärung des Vertrauensmannes, daß es sein eigenes Geld sei. Außerdem wurden Protokolle, sowie einige Nummern des „Vorwärts“ beschlagnahmt. Auch bei dem Vertrauensmann des Metallarbeiter-Verbandes wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen und sämtliche zum Verband gehörende Material mit Wegschlag belegt. Ferner wurden eine Anzahl Briefe, sowie Statuten des Metallarbeiter-, Schneiders-, Säugmaschinen-, Zimmerer-, Maurer- und Holzarbeiter-Verbandes mit Wegschlag belegt.

Wenn die Polizei glaubt, durch Verfolgung der Arbeiterorganisationen die Sozialdemokratie zu vernichten, so täuscht sie sich gründlich. Ihre Maßnahmen können nur die Wirkung haben, daß und Wrim in der Arbeiterkassette zu erzeugen. Diese sieht, wie ihr das reichsgerichtliche gewerkschaftliche Kommando durch die behördlichen Praktiken unvorsichtig gemacht wird und dürfte ihre Schritte daraus ziehen. Charakteristisch ist, wie die polizeiliche Vernichtung der Chemiker-Gewerkschaften in der „Völpinger Btg.“ verheißt und gerechtfertigt wird. Es heißt da:

Bei Verprechung der polizeilichen Maßregeln, welche während der letzten Zeit in Chemnitz und Umgebung gegenüber den sozialistischen und ökonomischen Organisationen sozialdemokratischer Gewerkschaften ergreifen worden sind, ist in der Presse vielfach, so u. a. in dem „Sozialpolitischen Zentralblatt“, die irrthümliche Meinung verbreitet gewesen, daß es sich um ein Einschreiten gegen „reine“ Gewerkschaftsorganisationen handle. Wenn hierunter solche Organisationen verstanden werden, welche sich ausschließlich im Rahmen von § 152 der Gewerbeordnung bewegen, d. h. nur die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen insbesondere mittelst Einwirkung der Arbeit bewirken, so würden sie schon durch die angelegene Gesetzesvorschrift vor jeder Verhinderung geschützt sein. Die Gewerkschaften; deren ökonomische Organisationen aufgestellt worden sind, haben aber nicht bloß thatsächlich in ihren Versammlungen und Berathungszusammenkünften die polizeiliche Agitation im Sinne der Sozialdemokratie gebildet und getrieben, sondern ihre statutenmäßigen Zwecke gehen auch vielfach und in wesentlichen Punkten über den geschützten Rahmen von § 152 der Gewerbeordnung hinaus. So nennt z. B. der Textilarbeiterverband unter seinen Aufgaben: Normative statistische Ermittlungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse etc., Regelung des Verkehrs und Herbergswesens, unentgeltlichen Rechtschutz bei gewerblichen Streitigkeiten und dergleichen. Ebenso unterhalten und betreiben die meisten dieser Gewerkschaften eigene im parteipolitischen Sinne wirkende Verbandszeitschriften. Unter solchen Umständen fallen diese Gewerkschaften unter das Verbot der Verbindung und Vereinigungsfreiheit in § 24 des schädlichen Vereinsgesetzes und die Polizeibehörden sind nach § 25 des Gesetzes nicht nur befugt, sondern schlichterdinges verpflichtet, ihre ökonomischen Organisationen aufzulösen.

Als Statist, Regelung des Verkehrs und Herbergswesens, Rechtschutz in gewerblichen Streitigkeiten sind Handlungen, welche in Sachen die Vernichtung der Gewerkschaften rechtfertigen? Zeiter verschweigt das ungenannte Polizeigenie, wie ohne diese Unternehmungen die Gewerkschaften in den Stand kommen sollen, von dem Rechte des § 152 der Gewerbeordnung mit Aussicht auf Erfolg Gebrauch zu machen. Es hört in der That schon Vergebens auf, wenn auf solche Weise polizeiliche Maßnahmen „begründet“ werden müssen.

Das Reichsgericht hat mehrere Male schon dahin erkannt, daß der § 152 der Gewerbeordnung es mit dem Gegensatz und Kampfe der ökonomischen Interessen von Lohn- und Arbeitsbedingungen zu thun habe, und daß Vereine, die diesem Zwecke dienen, sich mit anderen dergleichen Vereinen verbinden können, ohne Rücksicht auf die Vereinsgesetze. Aber die schädliche Polizei hat eben nicht nötig, auf die Verhinderung des Reichsgerichts was zu geben. Traurige Zustände!

Situationsberichte.

Maurer.

Wandbesel. Am 18. September, Abends 8 Uhr, fand eine Mitgliederversammlung der hiesigen Wandbesel des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands statt. Auf der Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Weise über: Die elektrische Revolution. 2. Wahl eines Schriftführers. 3. Innere Verbandangelegenheiten. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und genehmigt war, erliest der Referent zum ersten Punkt der Tagesordnung das Wort. Er führte zunächst die Entwicklungsgeschichte der Elektrorevolution an zahlreichen Beispielen an. Sodann erläuterte er den Stand der Elektrorevolution zur Arbeiterfrage und kam zu dem Schluß, daß bei der schiefen Produktionsweise jede Entlohnung neuer Maschinen mehr und mehr Arbeiter auf die Straße werfe, und dieses müßte uns ein Vorposten sein, uns mehr der Gewerkschaft sowie auch der politischen Organisation anzuschließen. Redner erzielte für seinen lehrreichen Vortrag den Beifall der Ver-

sammlung. Als Schriftführer wurde der Kollege Osterlandt gewählt. Im dritten Punkt machte der Bevollmächtigte die Verlesung darauf aufmerksam, daß von der nächsten Versammlung ab die Statistiker einzutreten sind, und legte er es nochmals jedem Mitgliede warm an's Herz, dieselben gewissenhaft auszufüllen. Sodann wurde eine Kommission gewählt, bestehend aus den Kollegen Werner, Schramm und Hisinger, welche das Material sichten sollte, dann wurde noch bekannt gemacht, daß vom 1. Oktober ab die längere Arbeitszeit beginnt und Jeder dafür einzutreten hätte, daß diese innegehalten würde. Gleichzeitig wurde noch beschlossen, unsere Versammlungen vom Oktober ab um 8 Uhr zu eröffnen. Da weiter nichts vorlag, erfolgte Schluß um 11 Uhr.

Bremen. Am 19. September fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Bahnhalle statt. Zunächst wurde vom Kassier die Abrechnung für Juni und August verlesen, welche von den Mitgliedern für richtig befunden und von der Versammlung angenommen wurde. Ferner wurde die Abrechnung zum Rechnungsstichtag, welche einen Ueberschuß von M. 79,50 ergab. Im „Verständlichen“ wurde von Wendorf in Anregung gebracht, ob nicht von jetzt an wieder ein Protokollbuch geführt werden könne, da sonst manches Mal Streitigkeiten über gefasste Beschlüsse entstehen könnten, würde aber ein Protokollbuch geführt, so könne man zu jeder Zeit nachschlagen. Es wurde von der Versammlung angenommen und dem Schriftführer anheimgegeben, ein Protokollbuch zu führen. Des Weiteren wurde der Arbeitstarif durchgenommen. Auf sie bemerkte dazu, daß wir jetzt wieder in der Zeit sind, da die Löhne kürzer werden: Es ist unbedingt nötig, den Mitgliedern zu unterbreiten, dafür einzutreten, daß die Arbeitszeit auch nach dem Tarif innegehalten wird. Es wurde von mehreren Kollegen gerügt, daß die Kartellkommission dieses Alles vernachlässigt habe, da doch der Arbeitstarif schon längst hätte ausgearbeitet werden müssen. In den 10. und 11. Sitzungsgängen, aber von den Zimmerern und Bauarbeitern ließe sich niemand sehen. Weder stellt den Antrag, eine Kommission zu wählen, welche eine Sitzung mit dem Vorstand der Zimmerer und Bauarbeiter und sämtlichen Kartellmitgliedern abhält. Der Antrag wurde angenommen. Es wurden zwei Mann nebst der Verwaltung gewählt; um die Sache zu regeln. Da weiter nichts vorlag, erfolgte Schluß der Versammlung.

Berlin. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung der Filiale II Berlin des Zentralverbandes deutscher Maurer fand am Sonntag, den 16. d. M., in den „Arminshallen“, Kommandantenstraße 20, statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ertheilte die Versammlung das Verbot der Bekleidung von Arbeiterkleidung und des auf ungeschickliche Weise um's Leben gekommenen Kollegen Kerstan in üblicher Weise. Zum ersten Punkt der Tagesordnung forderte zunächst der Bevollmächtigte in kurzen, feingliedrigen Worten die Kollegen auf, nicht faulig in ihrer Organisation zu werden, sondern recht fest zur Sache zu halten, um so die Organisation zu härten, um dem außerordentlichen Kapitalismus, soweit wie möglich abzurufen. Kollege Gräppler als zweiter Redner konnte nicht umhin, den Kollegen einige Worte über ihre Interessenslosigkeit an dem Versammlungsbuch zu sagen; er forderte gleichzeitig auf, den alten Schiedsrichter bei Seite zu legen und stattdessen auf den Bauhelfen und überall da, wo Kollegen beschäftigt sind, für die Organisation einzutreten. Der nun folgende Punkt nahm die meiste Zeit der Versammlung in Anspruch, denn es galt wieder einmal das Treiben eines alten, jeden deutschen Maurer bekannten Kollegen (jetzigen Schantwirts) Maurod zu brandmarken. Dieser „Gerr“ hat in seiner rassistischen und cynischen Weise wieder einmal versucht, uns, den zentralisierten Kollegen, einen Stein zwischen die Beine zu werfen, was, es sei gleich bemerkt, derlei nicht gut fertig bringt. Die Form war darin gefunden, indem man sich von jener Seite so stark fühlte, eine Dausperre zu befürchten, die unter den jetzigen Verhältnissen in Berlin eine pure Unmöglichkeit ist. Die Versammlung war der Ansicht, daß das Borgehen von jener Seite erstens ein einseitiges, zweitens ein nicht praktisches und drittens, daß Herr Schantwirth Maurod keinen Grund dazu hätte, sich in so auffälliger Weise über unsere Organisation, die doch (wohl gemeint) die Maurer ganz Deutschlands treffen sollte, zu äußern. Er stellte die Befragung auf, es arbeitete 7 Verbandsmitglieder auf genannten Bau. Der Kassier Erpel wies nach, daß es nur 1 Verbandsmittel ist, welches dort arbeitet. Esbiger Kollege erklärte das Borgehen der sozialistischen Kollegen ihm gegenüber als frivol, hält seine Meinung aufrecht, erst eine Versammlung seinerseits zu hören und den dort gefassten Beschlüssen sich zu fügen. Die übrigen Schiedsrichter jener Herren sind den Maurern Deutschlands genügend bekannt, und diese es jenen Herren eine große Ehre anrechnen, diese Verurteilungen in den Spalten unserer Verbandsorgane zu veröffentlichen. Die Versammlung erklärt sich jedoch mit den dort freisprechenden Kollegen solidarisch und gab ihrer Meinung noch in folgender Resolution Ausdruck: „Die heute in den Arminshallen“ versammelten zentralisierten Maurer betrachten die Befragung der Spere von den Sozialvereintem auf dem Bau, Landwehrstraße 37, als einseitig und ohne jede Rücksichtnahme auf unsere Organisation. Der dort arbeitende Verbandskollege hat vom Montag ab die Arbeit einzustellen. Die Verichterstattung des Schantwirts Maurod von der Mittwochversammlung (die Versammlung war nur von kaum 80 Maurern besucht) im „Vorwärts“ entspricht nicht den Thatfachen und ist die heutige Versammlung (welche von 880 zentralisierten Maurern besucht ist) der Meinung, daß derartige tief einschneidende Worte nur von Gewerkschaftern beauftragt werden können, und versprachen alle Anwesenden, für den Zentralverband deutscher Maurer zu agitieren und stattdessen dafür einzutreten. Der durch die Spere arbeitslos gewordene Kollege wird pro Tag mit M. 3 unterstützt.“ Nachdem wurde die Wahl eines zweiten Bevollmächtigten vorgenommen, da der frühere Bevollmächtigte nach außerhalb verzogen ist, und wurde als solcher Kollege Braun gewählt. Eine lebhaft debattirte Einigkeit fand über den Fall Maciejewski, welcher den Eltern aus den Spalten des „Vorwärts“ und des Verbandsorgans schon bekannt sein wird. Es sprachen mehrere Kollegen für Ausschluß aus dem Verband, jedoch wurde auch von verschiedenen Seiten geltend gemacht, daß selbiges kein Grund zum Ausschluß sei. Ein Antrag auf Ausschluß wurde jedoch von den Versammelten mit großer Majorität abgelehnt. Zum Schluß wurde von dem Bevollmächtigten aufmerksam gemacht, daß das statistische Material an seine Adresse zugeht. Er forderte die Kollegen auf, die Versammlungen immer so gut zu besuchen wie die heutige, und

keinen Anstoß an den unerquicklichen Verhandlungen zu nehmen; denn so lange, wie noch Herren an der Spitze einer Organisation marschieren, die sich zur Disziplin genommen haben, die Einigkeit der deutschen Maurer zu untergraben, werde dieses nicht aufhören. Da weiter nichts vorlag, wurde die Versammlung geschlossen.

Speyer. Am 16. d. Mts. fand die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Bahnhalle statt. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und die Beiträge erhoben waren, hielt der Bevollmächtigte eine Ansprache an die Mitglieder. Er wies darauf hin, daß es Pflicht eines Jeden sei, die der Organisation noch fernstehender zuzureden, daß es Unrecht von ihnen sei, nur einzugehen, was organisiert Kollegen erfordern, sie würden sich dann auch wohl bewegen lassen, dem Verbande beizutreten. Festhalten an der Organisation und vorwärts streben, müsse sich Jeder zur Disziplin machen. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Stettin. Am 19. September tagte die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Bahnhalle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands auf der Tagesordnung stand: Vortrag des Reichstagsabgeordneten Fritz Herbert, Gewerkschaftliches und Vertriebens. Nach Verlesung des Protokolls erliest Genosse Herbert das Wort zu seinem Vortrage über „Natur und Wissenschaft“. In populärer Weise legte Redner die neueren Forschungen der Wissenschaft dar, zum Schluß den Anschluß an die Arbeiterorganisationen empfehlend, denn nur durch diese könne sich der Arbeiter die Forschungen der Wissenschaft an eigenen Fleiß aneignen. Abschließend sprach der Vorsitzende dem Referenten für seinen ausdauernden Vortrag den Dank aus und erfolgte Abschluß der Versammlung.

Wien. Am Mittwoch, den 19. September, fand in Steinert's Restaurant unsere Mitgliederversammlung statt. Der erste Punkt fand durch Erhebung der Beiträge schnell seinen Abschluß. Im zweiten Punkt referierte Kollege Fruch. Redner erstarrte in erster Linie den hier bereits zu Ende geführten Streit der Wissenschaftlichen Räumlichkeitenfabrik, welcher leider zu Ungunsten der Arbeiter ausfiel, und beklagte deren Abredung. Weiter führte Fruch die Streits von Danzig und Wundel an und ermahnte sämtliche Anwesende, mehr zu agitieren, um mehr Mitglieder heranzuziehen. Im dritten Punkte wurde Kollege Oskar Jakob zum ersten Kassier gewählt, da der frühere zur Abreise von hier infolge Arbeitsmangels gezwungen war. Im Punkte „Verständlichen“ wurden mehrere Kleinigkeiten geregelt. Darauf folgte Schluß der Versammlung.

Langensielau. In der vorletzten Versammlung der hiesigen Filiale war beschlossen worden, ein Kränzchen zu veranstalten. Dasselbe fand am 16. des Monats statt und brachte uns etwas über M. 20 Ueberschuß. Die Versammlung vom 19. des Monats beschloß nun, diesen Ueberschuß der Lokalfiliale zu überweisen, so daß wir jetzt, trotz unseres kurzen Bestehens, eine ganz hübsche Summe in der Kasse haben. Die Abrechnung vom Kränzchen wurde einstimmig von der Versammlung als richtig erklärt. Nach der Abrechnung wurde eine Broschüre verlesen, in der mit Nachdruck auf die Wichtigkeit der gewerkschaftlichen Organisation hingewiesen war. An der Diskussion wurden die Kameraden ermahnt, recht fest am Verein zu halten und dem Vorstand seine Arbeit, soviel als möglich zu erleichtern. — Sonntag, den 20. September, Nachmittag 4 Uhr, findet im Lokale des Herrn Kreutzmann-Neichenberg eine öffentliche Versammlung der Maurer, Zimmerer, sowie überhaupt aller im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter statt. Die Tagesordnung lautet: Der Werth einer Organisation. Referent: Reaktor Franz Feldmann. Die Kollegen werden ersucht, in dieser Versammlung recht zahlreich zu erscheinen. Es gilt, die Reichenbacher Kollegen auch aus ihrem Schlafe aufzuwecken.

Kassel. Die regelmäßige Mitgliederversammlung fand am 12. d. M. statt. Nach Erledigung einiger geschäftlichen Angelegenheiten wurde der Artikel aus der „Neuen Zeit“ vorgelesen über: „Die Situationsarbeit und der Sozialismus.“ In Ermangelung, daß in Kassel und besonders unter den Maurern, wenig oder gar keine Personen vorhanden sind, die damit und wann in den Versammlungen öffentliche Vorträge halten können, hat sich der Vorstand genötigt gefühlt, zum Ersatz hierfür, wenn keine besonders wichtigen Punkte auf der Tagesordnung stehen, öftere Vorlesungen aus wissenschaftlichen Büchern zu halten, um auf diese Weise den Mitgliedern etwas zu bieten, was zu ihrer Aufklärung nötig ist. Der schon erwähnte Artikel wurde auch mit großem Interesse verfolgt und zeigten die Mitglieder hierdurch, daß sie auch gewillt sind, ihr Wissen durch beratende Vorträge zu bereichern. Im „Verständlichen“ bildete den Hauptpunkt die Verhältnisse im Baugewerbe hier am Orte. Es kamen da unangenehme Dinge zur Sprache: Es ist auf verschiedenen Baustellen vorgekommen, daß die Wesselen unter 28 und 26 A arbeiten. Auf die Verhältnisse hier am Orte genau kennt, kann sich darüber nicht wundern. Es ist nur ein Bruchtheil von den hier arbeitenden Kollegen, welche organisiert sind, aber sich überhaupt um etwas kümmern. Auch mußte die Able Erziehung gemacht werden, daß auf sehr vielen Stellen Abends bis 7 Uhr gearbeitet wurde, und zwar auch selber von sehr vielen Verbandskollegen und zum größten Theile untergetragenen jungen Leuten. Es ist dies ja behauerlich und wäre zu wünschen, daß in erster Linie von Verbandskollegen Derartige in Zukunft unterlassen wird. Leider sind wir so faulhaft organisiert, daß wir in dieser Beziehung keinen direkten Druck auf die große Masse ausüben können. Es wurde deshalb betont, daß jeder Kollege so viel wie möglich die Organisation zu erweitern sucht. Im Hinblick darauf, daß der größte Theil der hier arbeitenden Kollegen aus den umliegenden Dörfern kommen, wurde vom Kollegen Bohmann der Antrag gestellt, in den größeren Dörfern den Versuch zu machen, Filialen des Verbandes zu gründen und soll hier mit Stimmenausfall den Anfang gemacht werden, und wird dies, wenn es uns gelingt, auch ein bedeutender Fortschritt für uns sein. Zum Schluß wurden die Kollegen aufgefordert, die Statistiker gewissenhaft auszufüllen und dieselben in der nächsten Versammlung abzuliefern.

Köln. Am 23. d. M., von 11 Uhr an, tagte eine Mitgliederversammlung der hiesigen Bahnhalle im neuen Vereinslokal, Großer Griechenmarkt 85 (im „Nackem“). Kollege Holz referierte über: Die Unzulänglichkeiten gewerkschaftlicher Arbeit und Lohn. Redner kam auf die 70er Jahre zurück und betonte hierbei, daß in dieser Zeit auch ein Gewerkschafter, der sogenannte „Fisch-Dunder“ hier bestand und der Lohn 1874 M. 6 betrug. Dieser Verein hielt jedoch, nicht Stand, weil diese Leute damals auch gemagtet wurden. Ausgelacht kam auch der Rath; die Kapitalisten wollten kein Geld mehr her-



Anzeigen.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands, Grundstein zur Einigkeit.

Eingeklebene Kassette Nr. 7. Eig: Aktion. In der Woche vom 9. bis 16. September sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Kiel M. 800, Weiskene 200, Wandbühl 60, Eggenstedt 50, Jahnid 300, Sietlin 200, Frankfurt a. M. 100, Brandenburg a. S. 100, Eppelheim 70, Hamburg 1000, Summa M. 2880.

Zur Beachtung. Der Vorstand ersucht, alle disponiblen Gelder mit Schluss des dritten Quartals, also bis zum 30. September d. J., einzusenden, damit dieselben zinsbringend angelegt werden können. Aktion, den 22. September 1894.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Zahlstelle Wülhausen i. Elsf. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 30. September, Nachmittags 2 Uhr.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Zahlstelle Ahrensböda. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 21. Oktober.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Zahlstelle Götin. Versammlung am Sonntag, den 30. d. M., Nachmittags 4 Uhr.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Zahlstelle Rön a. N. Versammlung am Sonntag, den 30. d. M., Nachmittags 4 Uhr.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Zahlstelle Barmstedt. Das Mitglied Franz Giese, Buch-Nr. 49304, wird hiermit aufgeföhrt, seinen Verpflichtungen in der Zahlstelle Barmstedt nachzukommen.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen. Zahlstelle Neubukow. Bekanntmachung. Die Mitglieder werden hierdurch aufgefordert, zur nächsten Berammlung jährlich zu erscheinen, da es sich um wichtige Beschlüsse handelt.

Achtung! Der bisherige Bevollmächtigte in Wülhausen i. Elsf., Schuchard, Buch-Nummer 23301, geboren am 8. April 1864 in Wiehobshausen (Hannover) eingetreteten am 1. Juli 1894 in Wülhausen i. Elsf., ist unter Witkinnke von M. 18, die er sich vom Kassierer unter Vor Spiegelung solcher Talsachen erkundigt, von dort verschwunden.

Altenburg. Die Mitglieder Richard Wauch, Buch-Nr. 46177, und August Feinig, Buch-Nr. 46157, wurden statuten-gemäß aus unserem Verbände aufgeschloffen.

Achtung! Ich ersuche die Mitglieder der Zahlstelle Berlin II, die zum Oktober die Wohnung verändern, rechtzeitig die neue Adresse an den Sekretär oder an den Kassierer Fritz Erpel, Steinmechstr. 65, IV., abzugeben.

Bekanntmachung. Das Mitglied Christian Daniel, geboren in Neu-Kaschütz, Buch-Nr. 37128, ist durch einstimmigen Beschluß am 28. September wegen Schulden gestrichen und ausgeschlossen worden.

Leipziger Hochverraths-Prozess. Das Heft enthält u. A. Auszüge aus der Broschüre 'Die Rechte der Arbeiter', 'Ueber die politische Stellung der Sozialdemokratie' und 'Die Bekämpfung der Sozialdemokratie'.

Druckarbeiten für Vereine und Klassen. Konrad Müller, Schindig-Leipzig. Preislisten gratis und franco.

Verjammlungs-Anzeiger für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands etc. Adressen: Berlin I, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2.

Adressen: Berlin II, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2. Adressen: Berlin III, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2.

Adressen: Berlin IV, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2. Adressen: Berlin V, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2.

Adressen: Berlin VI, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2. Adressen: Berlin VII, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2.

Adressen: Berlin VIII, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2. Adressen: Berlin IX, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2.

Adressen: Berlin X, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2. Adressen: Berlin XI, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2.

Adressen: Berlin XII, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2. Adressen: Berlin XIII, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2.

Adressen: Berlin XIV, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2. Adressen: Berlin XV, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2.

Adressen: Berlin XVI, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2. Adressen: Berlin XVII, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2.

Adressen: Berlin XVIII, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2. Adressen: Berlin XIX, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2.

Adressen: Berlin XX, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2. Adressen: Berlin XXI, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2.

Adressen: Berlin XXII, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2. Adressen: Berlin XXIII, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2.

Adressen: Berlin XXIV, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2. Adressen: Berlin XXV, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2.

Adressen: Berlin XXVI, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2. Adressen: Berlin XXVII, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2.

Adressen: Berlin XXVIII, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2. Adressen: Berlin XXIX, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2.

Adressen: Berlin XXX, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2. Adressen: Berlin XXXI, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2.

Adressen: Berlin XXXII, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2. Adressen: Berlin XXXIII, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2.

Adressen: Berlin XXXIV, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2. Adressen: Berlin XXXV, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2.

Adressen: Berlin XXXVI, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2. Adressen: Berlin XXXVII, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2.

Adressen: Berlin XXXVIII, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2. Adressen: Berlin XXXIX, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2.

Adressen: Berlin XL, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2. Adressen: Berlin XLI, Oktober, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, Rembrandtstr. 2.